

24/1993

Wolfgang Schäuble:

Alle Kräfte für den Endspurt mobilisieren

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, hat den folgenden Brief an die Mitglieder seiner Fraktion gerichtet:

In 15 Monaten wird die Bundestagswahl 1994 hinter uns liegen. Mit dem Ende der Sommerpause biegen wir in die Zielgerade der ersten Legislaturperiode im wiedervereinigten Deutschland ein. Wir liegen gut im Rennen. Gleichwohl müssen wir alle Kräfte für den Endspurt mobilisieren.

1. Als Parteien der deutschen Einheit räumen CDU und CSU und ihre gemeinsame Bundestagsfraktion der Vollendung der inneren Einheit unseres Vaterlandes Vorrang ein. Diese Arbeit reicht über eine Legislaturperiode weit hinaus. Dabei ist der wirtschaftliche Aspekt wichtig; aber er ist nicht allein entscheidend, wenn es darum geht, das Trennende aus über 40 Jahren Teilung und totalitärem Sozialismus zu überwinden. Dies wird uns gelingen, wenn wir die Menschen mit ihren unterschiedlichen Erfahrungswelten zusammenführen, wenn sie sich gegenseitig kennen- und besser verstehen lernen. Mehr als bisher müssen die vielfältigen Methoden des SED-Regimes, mit Unterdrückung, Bespitzelung und totaler Kontrolle die Allmacht der Partei zu

(Fortsetzung auf Seite 2)

HEUTE AKTUELL

- **Neue Bundesländer**
Einkaufsoffensive in den neuen Ländern gewinnt an Schwung.
Seite 14
- **Ladenschluß**
Längere Ladenöffnungszeiten gegen die Hektik am Feierabend.
Seite 16
- **Arbeitsmarkt**
Produktive Arbeit anstatt die Arbeitslosigkeit finanzieren.
Seite 18
- **Forschung**
Erhalt des Forschungsstandorts Deutschland bleibt prioritäres Ziel. Seite 19
- **Gentechnologie**
Bürokratische Hemmnisse auf allen Ebenen beseitigen.
Seite 24
- **Europa**
Recycling in Europa — keine Zauberformel, aber ein ausbaufähiger Weg. Seite 28
- **Dokumentation**
Entschieden handeln in finanzpolitisch schwierigen Zeiten. Das Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramm der Bundesregierung. Grüner Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

sichern und die Grundlagen mitmenschlichen Vertrauens zu zerstören, aber auch Verstrickung und Mitschuld zu erzeugen, ins öffentliche Bewußtsein treten. Die Diskussion darüber und wie aus den Wunden der Vergangenheit eine bessere Zukunft werden kann, ist endlich in Gang gekommen. Sie muß auch bei unterschiedlichen Auffassungen zu Einzelfragen in unseren eigenen Reihen weitergeführt werden. Verschweigen und Verdrängen führen nicht zur Einheit.

Die Veränderungen, die die insgesamt großartigen Entwicklungen der letzten Jahre zwangsläufig für viele Menschen auch schmerzlich mit sich bringen, können nicht alleine von unseren Landsleuten im Osten getragen werden. Deshalb muß es bei dem beschlossenen Umzug von Bundestag und Teilen der Bundesregierung nach Berlin bleiben. Die Festlegung eines verbindlichen Termins — nach unserem Beschluß vom 29. Juni, sofern die tatsächlichen Voraussetzungen gegeben sind: Ende 1998 — einschließlich der notwendigen Ausgleichsmaßnahmen für die Region Bonn, dient allen — Berlin, Bonn und dem ganzen vereinten Deutschland. In einer Zeit äußerster Anspannung aller öffentlichen Haushalte werden neue Prachtbauten nicht zu vertreten sein — mehr Bescheidenheit und mehr Veränderungsbereitschaft werden uns insgesamt helfen, mit unseren Aufgaben zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland gut zurecht zu kommen.

2. Vor einem Jahr hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion einen Solidarpakt für Deutschland vorgeschlagen. Nach mancherlei Auseinandersetzungen ist daraus viel Vernünftiges geworden. Und gegen manche Skepsis ist es gelungen, die Finanzbeziehungen zwischen Bund und

Ländern für die Zeit ab 1995 abschließend zu regeln. Helmut Kohl und Theo Waigel haben damit eine wichtige Voraussetzung für eine langfristig berechenbare und verantwortbare gesamtstaatliche Finanzpolitik geschaffen. Die Bereitschaft der SPD-geführten Bundesratsmehrheit, notwendige Sparmaßnahmen mitzutragen, blieb uns dabei versagt.

Deshalb — und weil der Beitrag der westdeutschen Länder und Kommunen insgesamt zur Konsolidierung des öffentlichen Gesamthaushaltes zu gering geblieben ist — mußte zusammen mit dem Haushaltsentwurf 1994 von Regierung und Koalition ein Spar- und Wachstumsprogramm beschlossen werden. Ich danke allen Kollegen, daß es gelungen ist, der von Theo Waigel, Norbert Blüm und Günter Rexrodt vorgelegten Konzeption nach intensiven Diskussionen grundsätzlich zuzustimmen. Erste Reaktionen — von den Zinsbeschlüssen der Bundesbank über die Stellungnahmen nahezu aller wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute bis zum Weltwirtschaftsgipfel in Tokio — zeigen, daß Regierung und Koalition auf dem richtigen Weg sind.

Keine Abstriche

Es gibt erste Anzeichen, daß es gelingen kann, die konjunkturelle Krise bald zu überwinden. Vor vorschneller Euphorie muß aber schon deshalb gewarnt werden, weil die Entwicklung am Arbeitsmarkt uns noch für längere Zeit äußerste Anstrengungen abverlangen wird. Auch wenn über Einzelheiten noch intensiv beraten werden muß: an der Grundstruktur und am Volumen des Spar- und Beschäftigungsprogrammes darf es deshalb keine Abstriche geben, und wir werden das Ganze zügig parlamentarisch umsetzen — beginnend mit der 1. Lesung des Bundeshaushalts 1994 in der ersten Sitzungswoche Anfang September.

3. Unsere wirtschaftlichen Probleme sind nur zum kleineren Teil durch Konjunktur und durch die Folgen von Teilung und Sozialismus in Deutschland verursacht. Der größere Teil ist struktureller Natur, und alle westlichen Industrieländer sind offensichtlich mit vergleichbaren Problemen konfrontiert. Deshalb ist die Gemeinschaftsinitiative für den Standort Deutschland, die Helmut Kohl ergriffen hat, so wichtig. Wir müssen unsere Wettbewerbsfähigkeit insgesamt verbessern, Wachstumskräfte nachhaltig stärken und einen zu breit gewordenen „öffentlichen Korridor“ schlanker machen.

Mißbrauch bekämpfen

Unsere Genehmigungsverfahren — selbst für Investitionen des Umweltschutzes — werden immer länger, teurer und im Ausgang schwerer kalkulierbar. Verwaltungsvereinfachung und Verfahrensbeschleunigung müssen also durchgesetzt werden. „Deregulierung“ ist längst kein Schlagwort mehr, sondern Voraussetzung für die Bewahrung unseres wirtschaftlichen und sozialen Wohlstands. Um Fehlsteuerungen und Mißbrauch besser zu bekämpfen, bleiben Elemente von Selbstbeteiligung und Eigenverantwortung in allen Bereichen unseres Systems sozialer Sicherung unverzichtbar. Dies ist seit langem eine Leitlinie unserer Sozialpolitik — von der Rentenreform über die Gesundheitspolitik bis zur Mißbrauchsbekämpfung bei der Bundesanstalt für Arbeit. Der eingeschlagene Weg muß zielbewußt weitergegangen werden — auch bei der Lohnfortzahlung. Die derzeit hohe Steuer- und Abgabenlast muß mittelfristig ebenso wie die gesamtstaatliche Neuverschuldung zurückgeführt werden. Das erfordert ein intensives Nachdenken darüber, welche Bereiche staatlicher Aktivität privatisiert werden können. Dabei geht es nicht nur

um den Verkauf von Staatsunternehmen oder Beteiligungen, sondern wir müssen auch überprüfen, ob Dienstleistungen, die der Staat unter dem Gesichtspunkt der Daseinsvorsorge erbringt, in unserer sich schnell wandelnden Welt nicht effektiver durch private Anbieter erbracht werden können.

Wenig hat die moderne Welt so sehr verändert wie die rasante Entwicklung im Informations-, Kommunikations- und Verkehrsbereich. Weltweit wachsen die entsprechenden Märkte mit den höchsten Zuwachsraten, und zugleich beschleunigen sich die Entwicklungen. Für staatliche Monopole bleibt dabei kein Raum, und deshalb sind wir mit den Beschlüssen zur Postreform, zur Privatisierung der Bahn und zur Einführung streckenabhängiger Entgelte für die Autobahnnutzung auf dem richtigen Weg, den wir entschlossen weitergehen müssen.

4. Nicht nur die Überwindung der strukturellen Wirtschaftskrise zwingt uns zum Umbau unseres Sozialstaates. Auch die demographische Entwicklung — steigende Lebenserwartung bei sinkenden Geburtenzahlen — erfordert neue Prioritäten. Können wir uns auf Dauer leisten, die junge Generation bis weit ins dritte Lebensjahrzehnt hinein auszubilden, das Renteneintrittsalter unter 60 Jahre absinken zu lassen und Leistungsbereitschaft und Eigenverantwortung eher zu demotivieren?

Bei dem vom Bundeskanzler für den Herbst angekündigten Bildungsgipfel müssen vor allem die für Kultur und Bildung verantwortlichen Länder Antworten auf die Herausforderungen der Zukunft liefern. Und wir müssen jetzt — angesichts eines steigenden Anteils alter und sehr alter Menschen — bessere Vorsorge durch eine Pflegeversicherung schaffen. Familie und kleine Einheiten müssen gestärkt werden, weil die großen Kolle-

tive zur Anonymität verführen und nicht zur Solidarität zwischen den Generationen und zur Eigenverantwortung.

Alle diese Veränderungen müssen wir gegen viele Beharrungstendenzen und Besitzstandsdenken durchsetzen — was öffentliche Diskussionsprozesse vor allem durch die Vertreter organisierter Interessen oft so schwerfällig macht.

Weg zu einem Konsens

Wer neue Dynamik freisetzen will, muß aus den Schützengräben der alten Konfrontationen und Schlagworte heraus — in denen weder Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand noch soziale Partnerschaft, noch Hilfe für Pflegebedürftige wirklich zu finden sind. Das gilt auch für den Schutz ungeborenen Lebens. Wir haben ein wichtiges Urteil des Bundesverfassungsgerichts erstritten, das den Staat unzweifelhaft zum Lebensschutz verpflichtet und zugleich einen Weg zu einem Konsens weist, den wir miteinander gehen wollen.

Wenn wir in der Union gemeinsam eine Konzeption zur getreuen gesetzlichen Umsetzung der Empfehlungen des Bundesverfassungsgerichts zustande bringen, dann sollte sich dafür in Bundestag und Bundesrat insgesamt ein hinreichend breiter Konsens finden lassen. Darauf haben wir uns in der Fraktion — mit der Ausnahme von bisher nur einem Kollegen — vor der Sommerpause verabredet.

5. Vor unseren Augen stehen noch immer die schrecklichen Bilder aus Mölln, aus Solingen — die schändliche Spur von mörderischen Brandanschlägen, ausländischer Parolen und extremistischer Hetze, die unser Land beschämte. Sie erinnern daran, daß der innere Frieden zerbrechen muß, wenn Mitbürger, wenn Bevölkerungsgruppen mitten unter uns in Angst leben müssen.

Der innere Frieden wird auch gefährdet, wenn sich die Menschen überfordert fühlen und zugleich dem Staat nicht mehr zutrauen, mit den Herausforderungen fertigzuwerden.

Deshalb war es so wichtig, daß die SPD endlich ihre Verweigerung einer Grundgesetzänderung zum Asylrecht aufgegeben hat, so daß eine Steuerungsmöglichkeit für Zuwanderung, wie in allen anderen zivilisierten Ländern dieser Erde, geschaffen werden konnte. Insgesamt greift die zum 1. Juli in Kraft getretene Neuregelung des Asylrechts. Es wird schneller über Asylanträge entschieden, und ablehnende Entscheidungen werden schneller vollzogen.

Zugleich sinkt die Zahl der Asylanträge, weil sich in den Hauptherkunftsländern herumgesprochen hat, daß auch in Deutschland offensichtlicher Mißbrauch nicht mehr geduldet wird. Den Schlepperbanden wird ihre Geschäftsgrundlage genommen. Niemand konnte überrascht sein, daß es in Einzelfällen zu gerichtlichen Auseinandersetzungen kommt. Das widerlegt zunächst die Verleumdung, mit dem neuen Asylrecht riegele sich die Bundesrepublik Deutschland hermetisch ab.

Darüber hinaus bleibt die verfassungsgerichtliche Überprüfung abzuwarten. Wer aber jetzt wegen gerichtlicher Verfahren mit offenem Ausgang in Einzelfällen hämisch vom „Scheitern des Asylkompromisses“ redet, sagt nicht die Wahrheit, er muß zugleich erklären, was er sich von einer Neuauflage der Asyldebatte erhofft — mehr Ausländerfreundlichkeit oder ein Wiederaufleben der Gewalttaten? Aus dem selben Grund rate ich auch, daß wir nicht vorschnell von angeblich notwendigen Verbesserungen im Asylrecht reden sollten.

6. Innerer Friede und Gewaltmonopol des Staates hängen untrennbar miteinander

der zusammen. Mit unserer Sofortinitiative gegen Gewalt und Extremismus haben wir einen Weg aufgezeigt, was kurzfristig getan werden kann und muß. Innere Sicherheit ist eine unerläßliche Voraussetzung für den freiheitlichen Rechtsstaat und für Toleranz im Alltag. Wenn die Verhinderung und Bekämpfung von Verbrechen nicht mehr die selbstverständliche Regelerfahrung des Bürgers ist, gehen Rechtsfrieden, Rechtsgehorsam und Glauben an den Rechtsstaat verloren.

Recht und Gesetz

Deshalb hilft nicht die von sozialdemokratischen Innenpolitikern geforderte „Entkriminalisierung von Alltagsdelikten“, sondern nur die Durchsetzung von Recht und Gesetz auch und gerade im Alltag. Und deshalb müssen die für die Polizei zuständigen Bundesländer endlich Präsenz, Effizienz und Motivation unserer Polizeibeamten verbessern.

Zur Bekämpfung der besonders gefährlichen organisierten Kriminalität brauchen die Polizeien auch die notwendigen gesetzlichen Grundlagen. Mit dem Gesetz zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität und mit dem Geldwäsche-Gesetz wurden wichtige Schritte durchgesetzt — auch wenn ich mir einen völligen Verzicht auf das Anwaltsprivileg schon ohne Anrufung des Vermittlungsausschusses gewünscht hätte.

Für den Einsatz elektronischer Mittel zur Wohnraumüberwachung — selbstverständlich unter engen Voraussetzungen und nur aufgrund richterlicher Anordnung — müssen endlich die verfassungsrechtlichen Grundlagen geschaffen werden. Jeder halbwegs Sachverständige weiß, daß darauf bei der Gefährlichkeit organisierten Verbrechens nicht verzichtet werden kann — deswegen ist die viel-

stimmige Diskussion aus den Reihen der Sozialdemokraten nur schwer zu ertragen.

Schade ist vor allem, daß der neue SPD-Vorsitzende Scharping, der anfangs seine Partei wenigstens auf diesem Gebiet mutig zur Begegnung mit der Wirklichkeit führen wollte, jetzt auch hier schon wieder zurückzuckt.

Ich teile die Auffassung des FDP-Vorsitzenden Klaus Kinkel, daß die Diskussion, in welchen Teilen von Wohnungen abgehört werden dürfe, letztlich nur Handlungsanweisung für die Verbrecher und deshalb absurd ist. Voreilige Formulierungskünster seien gewarnt: auch in dieser Frage wird die Unionsfraktion bei der notwendigen Grundgesetzänderung nicht einem bloßen Formelkompromiß zustimmen, sondern nur einer sachlich stimmigen und damit verantwortbaren Lösung.

Im übrigen denke ich darüber nach, ob Scharpings früher Umfall in dieser Frage in irgendeiner — und gegebenenfalls welcher? — Weise mit den merkwürdigen eidesstattlichen Versicherungen zusammenhängt, mit denen er und sein Innenminister glauben machen wollen, daß er — im Gegensatz zu allen anderen — nicht frühzeitig über den rheinland-pfälzischen V-Mann-Einsatz in der RAF-Szene unterrichtet gewesen sei.

Ob es gut geht, wenn einer, der politische Verantwortung sucht, schon am Anfang so viel Wert darauf legt, seine Ahnungslosigkeit von den Gerichten bescheinigt zu bekommen?

7. Das wichtigste bleibt die Bewahrung von Frieden und Freiheit auch nach außen. Nach fünfundvierzig Jahren eingeschränkter Souveränität und Teilung tut sich das wiedervereinigte Deutschland verständlicherweise schwer mit seiner neuen Verantwortung in Europa und in der Welt. Aber es bleibt uns kein Ausweg

und keine bequeme Nische. Frieden und Freiheit sind unteilbar, und in einer Welt schnellen Wandels und dramatisch ansteigender Verteilungskonflikte kann kein Land für sich allein den Frieden sichern. Deshalb müssen wir unseren Beitrag im Rahmen der Vereinten Nationen ebenso leisten, wie wir ein existentielles Interesse an der friedenssichernden Funktion sowohl des atlantischen Bündnisses wie der europäischen Integration haben.

Auch auf diesem Feld versagt die SPD kläglich, was unsere Verantwortung um so größer macht. Es macht keinen Sinn, von einem Gewaltmonopol der Vereinten Nationen zu schwafeln und beim ersten Schritt schon den geringsten eigenen Beitrag zu verweigern, dafür aber weltweit alles besser zu wissen. Was ist das für eine SPD, die sich zunächst für den Somalia-Einsatz ausspricht, aber die verfassungsrechtliche Grundlage bestreitet, und die dann, nachdem das Verfassungsgericht die Mission gebilligt hat, dennoch den Soldaten unserer Bundeswehr die notwendige Rückendeckung verweigert?

Kriege verhindern

Für die CDU/CSU-Fraktion waren die verfassungsrechtlichen Grundlagen für die Bundeswehreinräte immer klar. Wir sind durch Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts bislang auch nicht widerlegt worden. Gleichwohl bleiben wir zu einer klarstellenden Verfassungsergänzung bereit — je eher desto besser; aber auch hier gilt, daß unsere Verantwortung für die Sache wichtiger ist als wohlfeile Formelkompromisse, die den langfristigen Friedens- und Sicherheitsinteressen Deutschlands nicht gerecht werden, nicht zuletzt weil sie uns zu unzuverlässigen und unberechenbaren Partnern in der europäischen Integration, in der atlantischen Allianz und in den Verein-

ten Nationen machen würden. Und darum geht es entscheidend.

Die Bundeswehreinräte sind nicht für sich allein wichtig, sondern sie sind notwendig, weil wir von anderen nicht Verantwortung und Solidarität fordern können, wenn wir sie selbst nicht zu dem uns angemessenen Teil zu leisten bereit sind.

Wir brauchen in Europa und weltweit mehr Zusammenarbeit und mehr Verantwortung, um Kriege zu verhindern und den Frieden zu sichern. Die Lage ist ernst genug, um nicht länger wegzusehen. Rückschläge und Enttäuschungen zu beklagen, hilft auch nicht weiter, sondern nur die Anstrengungen zu verstärken.

Das gilt auch für die europäische Einigung. Das Ringen um das Überleben des Europäischen Währungssystems hat es wieder gezeigt: Der Weg zurück aus der Integration kann nur zum Schlechteren führen. Deshalb dürfen uns weder das mühsame Ringen um die Maastricht-Verträge fast überall in Europa, noch die nach wie vor depressierende Unfähigkeit, Krieg mitten in Europa zu verhindern, noch die wirtschaftlichen und innenpolitischen Schwierigkeiten in vielen europäischen Staaten bis zu den dramatischen Zuspitzungen in Italien dazu führen, im Kampf um die europäische Einigung nachzulassen.

Gerade weil wir nicht blauäugig sein dürfen, wissen wir, daß es keine erfolgversprechendere Alternative für eine Zukunft in Frieden und Freiheit als die entschiedene Fortführung des europäischen Einigungsprozesses gibt. Deshalb wird 1994 nicht nur die Bundestagswahl im Oktober, sondern neben vielen Landtags- und Kommunalwahlen vor allem auch die Europawahl am 12. Juni wichtig sein.

8. Wir haben versucht, unsere Arbeitsplanung für die parlamentarische Som-

Generalsekretär Peter Hintze:

Republikaner weiterhin intensiv durch Verfassungsschutz beobachten

Die CDU begrüßt die Entscheidung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs in München über die Beobachtung der Republikaner durch das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz. In vollem Umfang kann und muß jetzt die Beobachtung der REP fortgesetzt werden. Die Überwachung der REP durch den Verfassungsschutz mit nachrichtendienstlichen Mitteln wird die wahren Ziele und Aktivitäten dieser Partei offenlegen.

Der Richterspruch macht einmal mehr deutlich, wie notwendig und gerecht-

fertigt eine klare Abgrenzung gegenüber den REP ist. Die CDU sieht ihre Aufgabe darin, die REP politisch zu bekämpfen und ihren Einzug in den Bundestag zu verhindern. Die REP sind eben nicht bloß eine Protestpartei.

Mit ihren ausländerfeindlichen Parolen gefährden sie in unverantwortlicher Weise das Klima der Toleranz und des friedlichen Miteinander von Deutschen und Ausländern. Sie fügen dem deutschen Ansehen in der Welt Schaden zu und gefährden damit nicht zuletzt Wohlstand und Arbeitsplätze.

merpause auf die prioritären politischen Aufgaben auszurichten. Deshalb sollen neben vielen Initiativen im einzelnen vor allem drei Schwerpunkte gesetzt werden:

■ Auf dem Weg von der Beschlußfassung zum Beschäftigungs- und Sparprogramm Ende Juni zur Gemeinschaftsinitiative Standort Deutschland Ende August haben wir uns am 12. August in einem Round-Table-Gespräch mit Experten aus Forschung, Wissenschaft, Wirtschaft und Publizistik unter dem Titel „Zukunftsstandort sichern durch Innovation“ vor allem den Fragen gewidmet, auf welchen Feldern und durch welche Kooperation Wachstumspotentiale für Deutschland und Europa freigesetzt werden können.

■ Am 19. August werden die Innen- und Rechtspolitiker zusammen mit unserem Innenminister Manfred Kanther, mit Freunden aus den Bundesländern sowie mit Experten aus Justiz, Sicherheitsbe-

hörden, Gewerkschaften und Publizistik zusammenkommen, um weitere Wege und Möglichkeiten zu erörtern, die innere Sicherheit zu stärken: gegen organisierte und alltägliche Kriminalität, Extremismus, Gewalt, Terrorismus.

■ Schließlich wollen wir die Klausurtagung des Geschäftsführenden Fraktionsvorstandes am 23. und 24. August in Berlin den Fragen der Außen-, Sicherheits- und Europapolitik widmen. Wir wollen gemeinsam mit Prof. Michael Stürmer, dem österreichischen Vizekanzler Dr. Busek und dem Präsidenten der europäischen Volkspartei und früheren belgischen Ministerpräsidenten Wilfried Martens über die objektiven und subjektiven Voraussetzungen für die größere deutsche Verantwortung nach der Wiedervereinigung, über Nation und Europa, deutsche Interessen und Europa sowie Europas künftige Gestalt und die Erweiterung der Gemeinschaft sprechen. ■

Eichels Laissez-faire-Linie ist Versagen vor den rechtsradikalen Umtrieben

Zum Versagen der hessischen Landesregierung bei dem rechtsradikalen Aufmarsch in Fulda erklärte Generalsekretär Peter Hintze:

Am Wochenende wurde die deutsche Bevölkerung Zeuge von zwei unterschiedlichen Vorgehensweisen gegen rechtsradikale Umtriebe. Während Ministerpräsident Bernhard Vogel durch entschiedenes Vorgehen seiner Behörden den Rechtsradikalen in Thüringen jegliche Auftrittsmöglichkeit abschchnitt, führte die Laissez-faire-Politik von Ministerpräsident Eichel in Fulda zu einem gespenstischen rechtsradikalen Aufmarsch.

Ministerpräsident Eichel muß der deut-

schen Öffentlichkeit erklären, wie es in seinem Verantwortungsbereich dazu kommen konnte. Warum wurde in Hessen nicht gegen die aufmarschierenden Rechtsradikalen eingeschritten? Eine solche Praxis der politischen Führung, wie sie in Hessen erfolgte, muß die Polizei und alle rechtschaffenen Bürger verunsichern.

Die SPD muß wissen: Bei der Bekämpfung des Rechtsradikalismus kommt es nicht auf hehre Worte, sondern auf unterschiedenes Handeln an. SPD-Chef Scharping sollte rasch klarstellen, ob die Fuldaer Linie in Zukunft die generelle Haltung der SPD gegenüber rechtsradikalen Umtrieben ist.

Aus der Bildungsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

Es geht ihr um Informationsvermittlung und um Begegnungen. Ihre Bildungszentren versteht die Konrad-Adenauer-Stiftung daher nicht zuletzt als Häuser des Dialogs. Schloß Eichholz im Rheinland ebenso wie Schloß Wendgräben in Sachsen-Anhalt.

Schloß Eichholz ist als Bildungszentrum längst etabliert. Das unweit von Magdeburg gelegene Bildungszentrum Schloß Wendgräben ist auf dem besten Weg, eine entsprechende Entwicklung zu nehmen. Dies verspricht sein jetzt vorliegendes erstes Halbjahresprogramm. Das an Interessierte in allen Bundesländern gerichtete Angebot umfaßt (u. a.):

- Dialog-Foren
- Trainings zur politischen Kommunikation

- Seminare
- Tagungen
- Veranstaltungen zu Themen aus dem Bereich „Kultur und Politik“

Vermerkt sind z. B. Titel, Termine und verschiedenen Veranstaltungsorte — z. B. Magdeburg, Alexisbad, Dessau, Halle, Burg und Loburg (aufgrund von Um- und Ausbaumaßnahmen können vorerst in Schloß Wendgräben selbst noch keine Veranstaltungen durchgeführt werden).

Das Halbjahresprogramm wird auf Anfrage verschickt von:

**Konrad-Adenauer-Stiftung
Bildungszentrum
Schloß Wendgräben
Postfach 16
39279 Isterbies**

Neues BKA-Gesetz vordringlich

Zur Situation im Bereich der Bekämpfung von Extremismus und organisierter Kriminalität erklärten der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Erwin Marschewski, und der Obmann der Fraktion im Innenausschuß des Deutschen Bundestages, Wolfgang Zeitlmann, nach einem Besuch der Arbeitsgruppe Inneres und Sport der CDU/CSU-Fraktion beim Bundeskriminalamt in Wiesbaden:

Mitglieder der Arbeitsgruppe Inneres und Sport der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages haben sich über die Arbeit des Bundeskriminalamtes namentlich bei der Bekämpfung des Extremismus von links und rechts wie der organisierten Kriminalität informiert. Diskutiert wurde insbesondere auch die notwendige neue Rechtsgrundlage für die Arbeit des Amtes, das neue BKA-Gesetz.

Im parlamentarischen Raum haben die ersten Beratungen über das neue BKA-Gesetz, mit dem das Gesetz über die Einrichtung eines Bundeskriminalpolizeiamtes vom 8. März 1953 nicht zuletzt in Umsetzung des „Volkszählungsurteils“ des Bundesverfassungsgerichts fortentwickelt wird, begonnen. Es regelt die Aufgaben des Bundeskriminalamtes — als neue Aufgabe, deren Übernahme der Erörterung bedarf, die des Zeugenschutzes — und dessen Befugnisse namentlich bei der Erhebung und Verarbeitung personenbezogener Daten.

Problematisiert wurden in diesem Zusammenhang auch die Forderungen,

- daß das Bundeskriminalamt als Zentralstelle auch selbständig Informationen sammeln darf,
- nach Einräumung von Vorfeldbefugnissen,

- nach originärer Ermittlungskompetenz bei internationalem Terrorismus.

Es bestand Übereinstimmung, daß das BKA-Gesetz ebenso wie der Entwurf eines neuen Bundesgrenzschutzgesetzes und der des Sicherheitsüberprüfungsgesetzes noch in dieser Legislaturperiode vom Deutschen Bundestag verabschiedet werden sollten, damit das Amt seine vielfältigen Aufgaben auf gesicherter Rechtsgrundlage wahrnehmen kann.

Im Zusammenhang mit der Problematik der Bekämpfung des Extremismus wurden auch die Forderungen nach besseren Rechtsgrundlagen erörtert, u. a.

- die Erweiterung der Haftgründe der Strafprozeßordnung auf Fälle gemeingefährlicher oder anderer schwerer Straftaten,
- die Neufassung des Haftgrundes der Wiederholungsgefahr bei der Sicherungshaft,
- Regelungen über den Unterbindungsgewahrsam,
- der stärkere strafrechtliche Schutz bei Taten, die sich gegen die körperliche Unversehrtheit richten,
- die praktikable und effektive Fassung des Tatbestandes des einfachen Landfriedensbruchs.

Erörtert wurde auch der Gedanke der Erweiterung der Kronzeugenregelung auf Fälle der organisierten Kriminalität. Erneut betont wurde schließlich die Notwendigkeit, die rechtlichen Voraussetzungen zum Einsatz technischer Mittel in Wohnungen („Großer Lauschangriff“) zu schaffen.

Diskutiert wurde schließlich die Frage, inwieweit der Verfassungsschutz bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität unterstützend tätig werden kann. ■

Peter Hintze: So wollen wir die Kriminalität in den Griff bekommen

Mit einem „Fünf-Punkte-Programm“ will die CDU Kriminellen das Handwerk legen. Generalsekretär Peter Hintze: „Gerade die dramatische Entwicklung in einer Großstadt wie Berlin zeigt: Im Kampf gegen die wachsende Kriminalität ist es fünf Minuten vor Zwölf.“

Das gelte nicht nur für internationale Verbrecherbanden, sondern auch und vor allem für das, was verharmlosend als „Alltagskriminalität“ bezeichnet werde. „Für die CDU ist dies neben der Wirtschaftspolitik die wichtigste Aufgabe des Staates in den nächsten Monaten. Hier wird sich zeigen, wer die Sorgen und Nöte der Bürger wirklich ernst nimmt.“ Die fünf zentralen Forderungen der CDU:

● **Stärkere Polizei-Präsenz:** „Die Anwesenheit von uniformierten Beamten auf Straßen und Plätzen ist das wichtigste Mittel, um Ganoven abzuschrecken. Es darf deshalb nicht aus Kostengründen dazu kommen, daß flächendeckend kleine Polizeiposten auf dem Land geschlossen werden.“

● **Attraktiverer Dienst für die Beamten:** „Dazu gehören eine verbesserte Bezahlung, eine interessante und

moderne Laufbahnstruktur sowie eine starke Verbesserung der personellen und sachlichen Ausstattung unserer Polizei.“ Auch die SPD-regierten Länder müßten endlich kapieren: „Wirksame Kriminalitätsbekämpfung gibt es nicht zum Null-Tarif.“

● **Organisationsreform:** „Viele Beamte verbringen wichtige Zeit damit, reine Verwaltungstätigkeit auszuüben oder Berichte zu schreiben. Mit zivilen Verwaltungskräften kann wertvolle Arbeitszeit für die eigentliche Kriminalitätsvorbeugung und Strafverfolgung gewonnen werden.“

● **Landesübergreifende Zusammenarbeit:** „Bisher getrennte Zuständigkeiten müssen zu bundeseinheitlichen Spezialdienststellen zusammengeführt werden.“ Schwerpunkt: Rauschgiftkriminalität und Kapitalverbrechen.

● **Internationale Zusammenarbeit:** „Europa ist erfreulicherweise grenzenlos geworden. Dies erleichtert aber auch Verbrechern die Arbeit. Wir brauchen die umgehende Errichtung eines ‚Europäischen Polizeiamtes‘ (Euro-pol).“ Besonders dringend: Eine eigene Truppe zur Bekämpfung des illegalen Drogenhandels.

Neun von zehn Haushalten trennen Müll

Nahezu neun von zehn Haushalten in den alten Bundesländern werfen ihren Müll in getrennte Tonnen.

Allerdings sammeln 27 Prozent nur Glas und Papier getrennt und werfen alles andere in die Mülltonne, ergab eine repräsentative Umfrage der Mar-

plan Forschungsgesellschaft in Offenbach.

In Kleinstädten mit 5.000 bis 20.000 Einwohnern war der Sammeleifer am größten (93,8 Prozent), in Großstädten mit mehr als einer halben Million Bewohnern am geringsten (73,2).

Zweierlei Maß?

Zur Auffassung des Vertreters des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen in Deutschland, Tennfeld, für Asylbewerber müßten grundsätzlich zwei Gerichtsinstanzen garantiert sein, erklärte der Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Johannes Gerster: Herr Tennfeld übersieht bei seinen Ratschlägen dreierlei:

1. Weder die Genfer Flüchtlingskonvention noch eine andere Norm des Völkerrechts verlangt die Einrichtung zweier Gerichtsinstanzen zur Überprüfung abgelehnter Asylbegehren. Empfohlen wird lediglich die Möglichkeit zur Überprüfung der Ablehnungsentscheidung durch eine Gerichtsinstanz oder eine Verwaltungsbehörde. Diese Empfehlungen werden in Deutschland eingehalten.

2. Mit der Reform des Asylrechts hat die Bundesrepublik Deutschland ihr vorzeitig schrankenloses und daher dem Mißbrauch zugängliches Asylgrundrecht an die Zielvorgaben des Völkerrechts und damit dem nationalen Rechtsstandard unserer EG-Nachbarn angeglichen. Dabei wurde der zur Verfügung stehende Gestaltungsspielraum bei weitem nicht ausgeschöpft. Auch nach der Asylrechts-

änderung liegen die Verwaltungs- und Gerichtsverfahren in der Bundesrepublik Deutschland hinsichtlich der Prüfpflichten der Behörden und Gerichte sowie der Verfahrensrechte des Asylbewerbers weit über dem völkerrechtlich gebotenen Minimum.

Wenn Herr Tennfeld sich als Vertreter einer UN-Organisation nun in eine ausschließlich innenpolitische Diskussion einmischt, überschreitet er seine Kompetenzen. Er ist allein für die Einhaltung der Genfer Flüchtlingskonvention, keinesfalls aber für die Ausgestaltung des völkerrechtskonformen nationalen Asylrechts zuständig.

3. Herr Tennfeld klagt in Deutschland für Asylbewerber Rechte und Kompetenzen ein, die der Hohe Flüchtlingskommissar weder in Frankreich, Großbritannien noch in einem anderen Land reklamiert. Er sollte nicht mit zweierlei Maß messen. Dies schadet allenfalls der dringenden notwendigen europäischen Harmonisierung des Asylrechtes, der Aufnahmebereitschaft der einzelnen EG-Staaten und damit letztendlich den politischen Verfolgten und der Bereitschaft zur Großzügigkeit in echten Härte- und Zweifelsfällen.

Die Meinung des Hohen Flüchtlingskommissars ist für uns von großer Bedeutung. Auch sie muß aber kritischer Prüfung standhalten und gegebenenfalls korrigiert werden dürfen. ■

Zittauer Gerhart-Hauptmann-Theater jetzt GmbH

Das Gerhart-Hauptmann-Theater in Zittau (Sachsen) ist seit Anfang August eine GmbH. Zur Umwandlung in eine privatrechtliche Gesellschaft hatten Stadt und Landkreis im Juli einen entsprechenden Vertrag unterzeichnet. Die erste Spielzeit in der neuen Rechtsform soll mit einer Gerhart-Hauptmann-Lesung auf dem Barockschloß Rammenau eröffnet werden, teilte das Theater mit. Auf dem Programm stehen außerdem Premieren von Jean-Paul Sartres „Geschlossene Gesellschaft“ und Heinrich von Kleists „Amphitryon“.

Asylbewerberzahlen für Juli 1993

Beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge wurden im Monat Juli 1993 20.658 Asylbewerber (Vormonat: 31.132) in der Geschäftsstatistik registriert.

Die Zahl der Asylbewerber ist damit gegenüber dem Vormonat um 10.465 Personen (33,7 Prozent) zurückgegangen.

Hauptherkunftsländer sind:

Restjugoslawien: 6.288 (Vormonat: 8.174)

Rumänien: 2.912 (Vormonat: 6.934)

Bosnien-

Herzegowina: 1.721 (Vormonat: 1.349)

Türkei: 1.323 (Vormonat: 2.024)

Armenien: 916 (Vormonat: 1.006)

Algerien: 801 (Vormonat: 1.053)

Bulgarien: 688 (Vormonat: 1.537)

Afghanistan: 520 (Vormonat: 627)

Vietnam: 479 (Vormonat: 1.019)

Russische

Föderation: 418 (Vormonat: 532)

Auf die Staaten Ost- und Südosteuropas entfielen im Juli 13.530 (Vormonat: 20.380) Asylbewerber. Das sind 65,5 Prozent aller Asylbewerber. Der Anteil der Europäer an der Gesamtzahl der Asylbewerber betrug 71,9 Prozent (14.854 Personen).

Aus dem ehemaligen Jugoslawien kamen insgesamt 8.090 Asylbewerber, und zwar 75 aus Kroatien, 6 aus Slowenien und 1.721 aus Bosnien-Herzegowina sowie 6.288 aus den übrigen Landesteilen.

Im Zeitraum von Januar bis Juli 1993 haben insgesamt 244.718 Ausländer Asyl in Deutschland beantragt. Im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum (233.951 Personen) bedeutet dies eine Steigerung um 10.767 Personen (4,6 Prozent).

Hauptherkunftsländer vom 1. 1. 1993 bis 31. 7. 1993 waren:

Rumänien: 66.727

Restjugoslawien: 48.262

Bulgarien: 20.795

Türkei: 13.033

Bosnien-Herzegowina: 11.339

Algerien: 8.925

Vietnam: 7.974

Russische Föderation: 4.168

Armenien: 3.996

China: 3.649

Durch die Anwendung des Fingerabdrucksystems AFIS konnte das Bundes-

Nur durch gemeinsame Anstrengungen von Bund und Ländern können die Asylrechtsänderungen ihre volle Wirkung entfalten.

kriminalamt in den ersten 6 Monaten und den ersten beiden Juli-Wochen des Jahres insgesamt ca. 20.000 Mehrfachidentitäten feststellen. Zur Feststellung von Mehrfachidentitäten und Mehrfachanträgen kommt AFIS damit eine hohe Bedeutung zu.

Im Monat Juli hat das Bundesamt über die Anträge von 49.501 Personen entschieden. Anerkannt wurden 1.623 Personen (3,3 Prozent), abgelehnt 34.311 Personen (69,33 Prozent), sonstwie erledigt wurden die Anträge von 13.567 Personen (27,4 Prozent).

Soweit von den Bundesländern niedrigere Zahlen neuer Asylsuchender für den Monat Juli mitgeteilt wurden, beruhen diese auf Angaben aus dem neu erstellten sog. EASY-System. Hierbei handelt es sich um ein EDV-gestütztes Zählsystem, das allein der Verteilung von Asylsuchenden auf die Länder dient. Das System zählt nur die Asylsuchenden, die über das

Neue japanische Regierung Chance für Europa

Der Regierungswechsel in Tokio könne nach Meinung des stellvertretenden Vorsitzenden der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Bernhard Sälzer, der EG neue Chancen eröffnen, die gleichermaßen Vorteile für Europa und Japan bringen.

Außenminister und Vizepräsident Tsutomu Hata kenne die EG bestens, da er seit 15 Jahren stellvertretender Vorsitzender des EG-Ausschusses im japanischen Parlament sei.

Ministerpräsident Morihiro Hosokawa und Außenminister Hata würden in der japanischen Politik langfristig eine Rolle spielen, auch wenn die jetzt gebildete Regierungskoalition sich als nicht langelig erweisen sollte. In der Außenpolitik gebe es keine grundsätzlichen Änderungen, auch werde die traditionell starke Ministerialbürokratie

in Japan mit Vor- und Nachteilen für Europa für Kontinuität sorgen.

Der Druck der Europäischen Gemeinschaft müsse in dieser Wechselsituation vor allem auf die japanische Bürokratie erfolgen, zumal sich die Chance einer Lockerung der derzeit

Druck auf Bürokratie

engen Bindungen Japans an die USA lockern könne.

Hier eröffne sich eine konkrete Chance für die EG. Sälzer nannte als Beispiel die Diskriminierung der Airbus-Industrie, die in Japan im relevanten Flugzeugsektor nur 10 Prozent Marktanteil habe, gegenüber 30 Prozent im Weltmarkt. Das habe nichts mit technischen oder wirtschaftlichen Argumenten zu tun. Die Begründung sei ausschließlich politisch.

EASY-Verteilungsverfahren in den Länderaufnahmeeinrichtungen neu aufgenommen werden. Weitere Personengruppen werden entsprechend den gesetzlichen Regelungen von dem System EASY nicht erfaßt und müssen für die Erfassung der Gesamtzahl der Asylbewerber hinzugefügt werden. Hierzu gehören u.a.:

- Kinder von Asylbewerbern (unter 16 Jahre)
- Asylbewerber, die nach längerem genehmigten Aufenthalt in der Bundesrepublik einen Asylantrag stellen
- Asylbewerber, die als ausländische Studenten oder ehemalige Werkvertragsarbeitnehmer einen Asylantrag stellen.

Eine Bewertung über die Wirksamkeit des seit dem 1. Juli 1993 geltenden neuen Asylrechts ist allein auf der Grundlage

der Asylbewerberzahlen für den Monat Juli nicht möglich. Die Zahlen eines einzigen Monats sind keine zuverlässige Basis, um bereits jetzt zukünftige Entwicklungen vorherzusagen. So liegt die Gesamtzahl von Asylbewerbern für die ersten 7 Monate des Jahres immer noch über der Zahl des Vergleichszeitraums von 1992. Dies bestätigt die immer noch sehr hohe Zugangszahl für den Monat Juli. Auch bleibt abzuwarten, wie sich die internationalen Schlepperbanden auf das neue Asylrecht einstellen. Nur wenn Bund und Länder gemeinsam ihre Anstrengungen bei der Umsetzung der neuen Vorschriften fortsetzen, können die Asylrechtsänderungen die vom Gesetzgeber vorgesehene Wirkung entfalten und die Zugangszahlen unberechtigter Asylbewerber eingedämmt werden. ■

Einkaufsoffensive in den neuen Ländern gewinnt an Schwung

Die von der westdeutschen Wirtschaft im Solidarpakt gegenüber Bundeskanzler Helmut Kohl eingegangene Verpflichtung zu einer Einkaufsoffensive in den neuen Bundesländern gewinnt zunehmend an Schwung. Maßgeblich dafür sind zahlreiche Kontakte gewesen, die zwischen west- und ostdeutschen Unternehmen auf der Industrie-Messe in Hannover im April geknüpft werden konnten.

Rund 75 westdeutsche Einkäufer waren dort für eine besondere Kontakt-Aktion mit einem Messestand von 500 m² Fläche vertreten. Es wurde zwischen West-Einkäufern und Ost-Anbietern ein intensiver Informationsaustausch angeboten. Und angenommen: Insgesamt 5.000 Gespräche haben auf diese Weise stattgefunden. Im Nachgang zu dieser Aktion in Hannover haben der Bundesverband der Deutschen Industrie und die Treuhand-Anstalt in einer Befragung der dort vertretenen 75 westdeutschen Unternehmen feststellen können, daß sich bereits rund 20 Prozent der Ost-Anbieter berechnete Hoffnungen auf bleibende Geschäftsbeziehungen zu West-Unternehmen machen können.

Ähnliche Aktionen sind auch auf weiteren Messen geplant: So z. B. auf der Internationalen Automobil-Ausstellung im September 1993 in Frankfurt und auf der EMO, der weltgrößten Werkzeugmaschinenbau-Messe, im September 1993 in Hannover.

Der Erfolg der Kontakt-Aktion in Hannover hat wesentlich dazu beigetragen, daß die Zahl der ursprünglich an der Einkaufsoffensive beteiligten 33 Gründungsunternehmen nunmehr auf 54 Firmen angewachsen ist.

Auf ihrer nächsten Sitzung am 1. September 1993 werden die 54 engagierten Unternehmer eine erste Halbjahres-Bilanz ziehen. Rechtzeitig zu dieser Sitzung will der Hoppenstedt-Verlag in Darmstadt einen umfassenden Lieferkatalog (Titel: „Produkte und Dienstleistungen aus Ostdeutschland“) auf den Markt bringen.

In diesem Handbuch werden dann die Adressen und Leistungsangebote von rund 18.000 ostdeutschen Unternehmen aufgeführt sein — eine kompakte Arbeitsgrundlage für jeden, der sich an der von Bundeskanzler Helmut Kohl initiierten Einkaufsoffensive beteiligen möchte.

Eine Milliarde Mark für Städtebauinvestitionen

Die Bundesregierung will 1993 und 1994 rund eine Milliarde Mark für die Städtebauförderung in Ostdeutschland bereitstellen. Insgesamt 105 Städte sollen danach im Rahmen von sechs verschiedenen Förderprogrammen von den Geldern profitieren. Neben Sanierungsprogrammen und städtebaulichen Modellvorhaben werden die Finanzhilfen auch für die Erschließung und Entwicklung von Wohngebieten und Neubaugebieten sowie für den Denkmalschutz verwendet. Ziel der Programme ist die Erneuerung der Stadtkerne im Osten.

Generalsekretär Peter Hintze:

Aufruf an die Arbeitgeber in den neuen Ländern: Stellt Lehrlinge ein!

In den neuen Bundesländern sind immer noch rund 25.000 Jugendliche ohne einen Ausbildungsplatz. Dies ist eine Herausforderung für die Politik, besonders aber für die Arbeitgeber aus Industrie, Handwerk und Dienstleistungsgewerbe und öffentlichem Dienst.

Es darf nicht so sein, daß der erste Kontakt junger Menschen mit dem freien Arbeitsmarkt in einer Enttäuschung endet. Wenn die Wirtschaft jetzt nicht mitzieht, wird sich dies schon in naher Zukunft als großer Fehler erweisen. Investition in die Berufsausbildung ist Investition in die Zukunft. Wer jetzt den Anschluß verpaßt und nicht genug Lehrlinge einstellt, verschläft die Entwicklung und steht später ohne ausreichend qualifiziertes Fachpersonal da. Alle die, die in kurzen Zeiträumen von wenigen Jahren denken, werden ihrer Verantwortung nicht gerecht. Gefragt ist Weitblick bis ins nächste Jahrhundert.

Alternativen zur betrieblichen Ausbil-

dung von Lehrlingen im Osten sind eher skeptisch zu beurteilen: Staatliche Maßnahmen sind allenfalls als Übergangslösung brauchbar und finanzierbar. Eine Lehre außerhalb eines Betriebes kann die dringend erforderliche Nähe zu den tatsächlichen Abläufen in Wirtschaftsbetrieben nur sehr schwer vermitteln.

Zusage bekräftigt

Ich begrüße in diesem Zusammenhang die neue Initiative der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und des Zentralverbandes des Handwerks und unterstütze den Aufruf zur zusätzlichen Einstellung von Lehrlingen mit allem Nachdruck.

Dies gilt auch für die Einstellung von Lehrlingen durch die öffentlichen Arbeitgeber: Hier hat der Bund seine Zusage von 10.000 Lehrstellen in den neuen Ländern bekräftigt. Jetzt müssen auch die Länder und die Kommunen mitziehen und ihrer Verantwortung gerecht werden.

Bundesjugendministerin Angela Merkel für vorbeugende Maßnahmen gegen Jugendgewalt

Für eine langfristige Planung in der Jugendpolitik hat sich Bundesjugendministerin Angela Merkel ausgesprochen. In einem Wortbeitrag für die neueste Ausgabe des Magazins „Die Entscheidung“ plädierte sie für vorbeugende Maßnahmen gegen Jugendgewalt. Interkulturelle Jugendarbeit müsse weiter gefördert werden, Straßensozialarbeit solle derart gestaltet werden, daß auch Randgruppen erreicht werden könnten. Für die neuen Länder sei es von großer Bedeutung, Räume für Jugendclubs und Jugendgruppen zur sinnvollen Freizeitgestaltung zu schaffen.

Längere Ladenöffnungszeiten gegen die Hektik am Feierabend

Für eine weitgehende Freigabe der Ladenöffnungszeiten auch in Deutschland und damit für eine Liberalisierung des Ladenschlußgesetzes tritt Generalsekretär Peter Hintze in einem Gastkommentar in der „Bild am Sonntag“ vom 8. August ein.

Viele deutsche Urlauber erleben zur Zeit im Auslandsurlaub, wie angenehm es ist, auch in den Abendstunden streßfrei einzukaufen, anstatt als Berufstätiger nach Feierabend durch überfüllte Kaufhäuser und Supermärkte zu hetzen, um vor 18.30 Uhr noch schnell die nötigsten Besorgungen zu machen. Sie fragen sich, warum nicht auch in Deutschland möglich sein

kann, was in den meisten europäischen Staaten üblich ist.

Grund hierfür ist das strenge Ladenschlußgesetz. Es behindert den sorgfältigen Qualitäts- und Preisvergleich durch den Verbraucher. Es beschränkt außerdem den Ladeninhaber darin, seine Öffnungszeiten zeitlich und personell flexibel zu gestalten. Von der jetzigen Regelung profitieren vor allem die „Allesanbieter“, also Supermärkte und Kaufhäuser, während das Warenangebot von Fachgeschäften aufgrund der knapp bemessenen Einkaufszeit weder ausreichend begutachtet noch in Anspruch genommen werden kann.

REGELUNGEN FÜR DIE VERKAUFSTAGE MONTAG BIS FREITAG

Portugal
regionale Einzelbestimmungen

Italien
regional
unterschiedlich
bis 22.00 Uhr

Belgien
Freitag
bis 21.00 Uhr

Norwegen
Abendverkauf
von
Gemeinden
geregelt

Großbritannien
einmal pro Woche
bis 21.00 Uhr

Schweiz
einmal pro
Woche bis 21.00 Uhr
(meistens Donnerstag)

Deutschland
Donnerstag bis 20.30

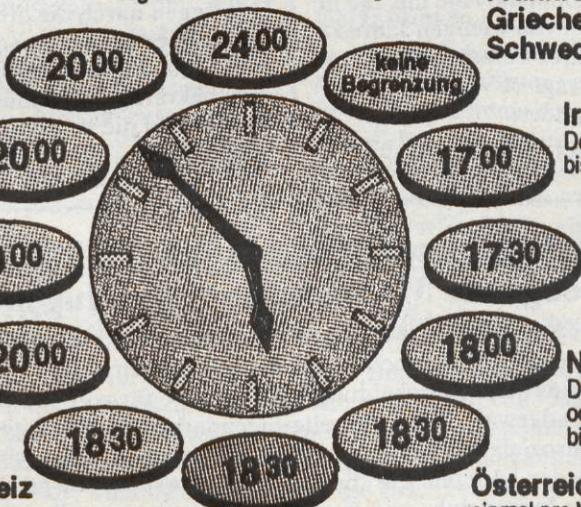
Frankreich,
Griechenland,
Schweden, Spanien

Irland
Donnerstag
bis 21.00 Uhr

Dänemark
+10 Stunden
pro Woche
(jedoch nicht über
20.00 Uhr hinaus)

Niederlande
Donnerstag
oder Freitag
bis 21.00 Uhr

Österreich
einmal pro Woche
bis 20.00 Uhr
(meistens Donnerstag)



Die geforderte Erweiterung der Öffnungszeiten bis maximal 22.00 Uhr an Werktagen würde dem Einzelhandel die Möglichkeit bieten, flexibel auf Kundenwünsche und Einkaufsgewohnheiten zu reagieren.

Der immer wieder vorgetragene Einwand, eine Abschaffung des Ladenschlußgesetzes ginge zu Lasten der im Handel beschäftigten Arbeitnehmer, gehört ebenso in die Mottenkiste wie das Gesetz selbst. Denn einerseits sollen an Sonn- und Feiertagen sowie in den Nachtstunden die Läden geschlossen bleiben, andererseits schafft eine großzügigere Neuregelung mehr attraktive Teilzeitjobs, die für Familien wichtig sind, in denen die Ehepartner Familie und Beruf vereinbaren möchten.

Arbeitnehmerschutz wird außerdem aus-

reichend durch das von der Bundesregierung vorgelegte Arbeitszeitrechtgesetz gewährleistet. Die Befürworter des strengen Ladenschlußgesetzes müßten jetzt begründen, warum sie Arbeitszeitregelungen, die in allen anderen Bereichen als zumutbar gelten, im Einzelhandel für unzumutbar halten.

Den Vorstoß des Generalsekretärs als Teil des üblichen „Sommertheaters“ abzutun, ist demnach ungerechtfertigt. Vielmehr geht es darum, Verbrauchern und Einzelhändlern die Freiräume zu schaffen, von denen die Bürger in unseren europäischen Nachbarstaaten schon lange profitieren. Die CDU setzt damit ihren Weg fort, der mit der Einführung des Dienstleistungs-Donnerstags erfolgreich begonnen wurde.

Peter Hintze: Schluß mit dem Ladenschluß

Gastkommentar des Generalsekretärs in der „Bild am Sonntag“ vom 8. August:

Millionen Deutsche erleben es zur Zeit im Urlaub: einkaufen, bummeln ohne Streß, ohne Zeitdruck. Warum nicht auch bei uns?

Gerade Berufstätige müssen sich nach Feierabend ganz schön hetzen. Sie können kurz vor Ladenschluß nur noch die nötigsten Dinge einkaufen, den Rest der knappen Zeit stehen sie in langen Schlangen vor den Kassen.

Der von der CDU durchgesetzte Dienstleistungsdonnerstag und der allmonatliche lange Samstag bieten die Chance, wenigstens gelegentlich in Ruhe einzukaufen. Doch das reicht nicht. Die Bürger haben einen Anspruch darauf, selbst zu entschei-

den, wann sie einkaufen wollen — wie es in Frankreich, Spanien oder in den USA schon lange möglich ist.

Unser deutsches Ladenschlußgesetz gehört in die Rumpelkammer der nicht mehr zeitgemäßen Gesetze. Es blockiert Einkaufs- und Beschäftigungsmöglichkeiten. Durch seine Abschaffung könnten die dringend gesuchten Teilzeitjobs geschaffen werden. Das ist wichtig für Frauen und Männer, die Familie und Beruf verbinden wollen.

Wer mehr Zeit hat, ist nicht darauf angewiesen, alles in riesigen Supermärkten zu kaufen. Dies nützt den kleinen Einzelhändlern mit ihren ortsnahen Angeboten.

Deshalb: Macht die Läden länger auf! Ich will mit der CDU für die Freigabe der Ladenöffnungszeiten an allen Werktagen kämpfen.

Produktive Arbeit anstatt die Arbeitslosigkeit finanzieren

Zur Notwendigkeit, angesichts der gegenwärtigen Arbeitsmarktsituation auch in den alten Bundesländern neue Wege im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit zu beschreiten und intelligente Instrumente der Arbeitsmarktpolitik zu entwickeln, erklärte der Vorsitzende des Bundesfachausschusses „Sozialpolitik“ der CDU, Hermann Josef Arentz:

Auch in den alten Bundesländern werden angesichts knapper Kassen wichtige im öffentlichen Interesse liegende Aufgaben nicht wahrgenommen, obwohl hier zahlreiche Arbeitsuchende eine sinnvolle Tätigkeit finden können.

Mit dem Instrument des Paragraphen 249h des Arbeitsförderungsgesetzes, nach dem für bestimmte Formen der Beschäftigung Arbeitsloser in den neuen Ländern Lohnkostenzuschüsse in Höhe pauschalierter Lohnersatzleistungen möglich sind, hat man dort gute Erfahrungen gemacht. Es zeichnet sich ab, daß das Ziel von über 70.000 geförderten Arbeitsplätzen bis Jahresende erreicht werden kann.

Im Bereich des Umweltschutzes, der Jugendhilfe und der sozialen Dienste können so Arbeiten im öffentlichen Interesse wahrgenommen werden, die sonst nicht finanzierbar wären. Hier wird sinnvolle Arbeit gefördert statt Arbeitslosigkeit finanziert. Wir sollten ein der Regelung in den neuen Ländern vergleichbares Instrument auch im Westen unseres Landes einsetzen.

Maßnahmen zur Verbesserung der Umwelt, der sozialen Dienste, der Seniorenarbeit, der Jugendhilfe, des Breitensports, des kulturellen Angebotes, der

Drogen-, Sucht- und Aidsberatung sowie der Betreuung von Langzeitarbeitslosen könnten auch in den alten Bundesländern zeitlich begrenzt mit Lohnkostenzuschüssen der Bundesanstalt für Arbeit finanziert werden.

Um jedoch zu verhindern, daß mit diesem neuen Instrument reguläre Beschäftigung bei öffentlichen Trägern verdrängt wird, sollte die Inanspruchnahme vorzugsweise auf freie und private Träger dieser Aufgaben beschränkt werden.

Außerdem müssen diese Maßnahmen so gestaltet sein, daß möglichst schnell möglichst viele wieder eine reguläre Beschäftigung finden.

Die Finanzierung bereitet nach Arentz' Darstellung keine Probleme: Der besondere Reiz dieses Instrumentes liegt auch darin, daß seitens der Bundesanstalt für Arbeit nicht mehr Mittel aufgewendet werden müssen, als andernfalls sowieso in die Finanzierung von Arbeitslosigkeit fließen. Deshalb dürfte einer positiven Entscheidung der Bundesregierung für dieses Instrument der aktiven Arbeitsmarktpolitik nichts entgegenstehen. ■

Personale

Mit Wirkung zum 1. Juli 1993 ist **Axel R. Bunz** zum neuen Leiter der Vertretung der EG-Kommission in Deutschland ernannt worden, d.h. neben der Hauptstelle in Bonn auch der Regionalvertretungen in Berlin und München. Axel R. Bunz (50) ist damit Nachfolger von Gerd Langguth, der zum 1. Februar 1993 als geschäftsführender Vorsitzender zur Konrad-Adenauer-Stiftung wechselte.

Bundesforschungsminister Paul Krüger:

Erhalt des Forschungsstandorts Deutschland bleibt prioritäres Ziel

Mit dem Bundesbericht Forschung 1993 (BuFo) legt die Bundesregierung eine Bestandsaufnahme der Forschung in Deutschland vor und setzt damit ihre periodische Forschungsberichterstattung fort. Der Bundesbericht Forschung dokumentiert den Willen der Bundesregierung, Forschung und technologische Entwicklung als langfristige Investition in die Zukunft Deutschlands mit hoher Priorität zu fördern.

● **Notwendige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte: Die Bundesregierung hat in Zeiten schwieriger finanzieller Rahmenbedingungen Spielräume für die Forschung genutzt**

Die Finanzierung der Forschung in Deutschland zu Beginn der 90er Jahre ist durch die folgenden Entwicklungslinien gekennzeichnet:

Das Gesamtbudget für Forschung und Entwicklung (FuE) in Deutschland betrug 1992 insgesamt 80,7 Mrd. DM. Mit diesen Ausgaben ging der Anteil für im Inland durchgeführte FuE am Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Deutschland auf 2,58 Prozent (1989: 2,87 Prozent; 1991: 2,66 Prozent) deutlich zurück. Im Gegensatz zu früheren Jahren lag der Zuwachs der FuE-Aufwendungen der Wirtschaft seit 1989 unterhalb der Zuwächse des BIP, während Bund und Länder diesen Anstieg im Zeitraum von 1989 bis 1992 knapp erreichten. Deutschland gehört weiterhin im internationalen Vergleich zu den forschungsintensivsten Ländern der Welt. Es fällt aber bei seinen

FuE-Ausgaben gegenüber Japan (1991: 3,04 Prozent) und den USA (1991: 2,78 Prozent) zurück. Der Vorsprung vor anderen Ländern schrumpft.

Bei der strukturellen Entwicklung der Finanzierung von Forschung und Entwicklung hat sich seit 1989 eine Trendwende vollzogen: Die 80er Jahre waren durch einen steigenden Anteil der Wirtschaft an der Finanzierung der nationalen Forschungsausgaben in Deutschland (von 55,4 Prozent im Jahr 1981 auf 62,3 Prozent im Jahr 1989) gekennzeichnet. Von 1989 bis 1992 ist der Anteil privatwirtschaftlicher Forschung auf 58,9 Prozent deutlich gesunken.

Ein wesentlicher Grund für diese Entwicklung liegt in der nachlassenden Dynamik der FuE-Aufwendungen der Wirtschaft in den alten Ländern. Die Wirtschaft in den alten Ländern hat bereits in den wirtschaftlichen Erfolgsjahren 1990, 1991 die hohen Wachstumsraten für Forschung und Entwicklung der 80er Jahre in den alten Ländern nicht fortgesetzt.

Die Bundesregierung steigerte demgegenüber ihre FuE-Ausgaben 1992 gegenüber 1989 um 27,5 Prozent von 14,0 Mrd. DM auf 17,8 Mrd. DM. Sie hat damit den Anteil des Bundes am Forschungsbudget Deutschlands mit ca. 22 Prozent leicht ausgebaut. Die Länder haben ihren Anteil am Gesamtbudget Forschung in Deutschland auf 16 Prozent (alte und neue Länder) ausgeweitet (1989 alte Länder: 13,9 Prozent).

● **Herausforderung deutsche Einigung: Erfolgreicher Aufbau der**

außeruniversitären Forschung in den neuen Ländern; unbefriedigender Verlauf der Restrukturierung der Forschung in der Wirtschaft

Die herausragende strukturelle Veränderung der Forschung in Deutschland im Berichtszeitraum des BuFo ist die Umgestaltung der Forschung in den neuen Ländern.

Die Bundesregierung hat in ihrem Verantwortungsbereich die Restrukturierung der außeruniversitären Forschung mit hohem Engagement betrieben. Trotz aller Schwierigkeiten des Übergangs und noch bestehender Unzulänglichkeiten konnte hier ein erfolgreicher Umstrukturierungsprozeß durch die Forschungspolitik eingeleitet werden.

In Umsetzung der Empfehlungen des Wissenschaftsrats haben Bund und neue Länder zum 1. Januar 1992 mehr als 100 neue außeruniversitäre Forschungseinrichtungen gegründet und damit rund 12.500 Arbeitsplätze in der Forschung geschaffen. Hinzu kommen rund 3.000 forschungsnahe Stellen aus dem ABM-Bereich. Damit ist die personelle Kapazität der Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern und Berlin-Ost vergleichbar der in den alten Ländern, einschließlich Berlin-West.

Die Lage der Forschung in der Wirtschaft des neuen Bundesgebiets ist dagegen nach wie vor unbefriedigend. Die Kapazität von ca. 86.000 Personen (Schätzung) in der Forschung der Wirtschaft der DDR Ende 1989 wurde bis Ende 1992 bis auf ca. 24.000 Personen abgebaut. Damit gelang es bislang nicht, die Grundlagen zur Erzeugung eigenständiger innovativer Produkte der Unternehmen in den neuen Ländern im erforderlichen Umfang zu schaffen. BMFT und BMWi haben 1992 für Erhalt und Aufbau leistungsfähiger

FuE-Kapazitäten rd. 600 Mio. bereitgestellt (Soll 1993: 700 Mio. DM), um FuE in der Wirtschaft der neuen Länder zu unterstützen.

Der Aufbau einer leistungsstarken öffentlichen und privatwirtschaftlichen Forschung ist eine Voraussetzung für die Bewältigung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandels in den neuen Ländern und damit für die Vollendung der deutschen Einheit. Die Forschung in ganz Deutschland gewinnt durch die FuE-Kapazitäten in den neuen Ländern an Breite. Die Bundesregierung wird die Förderung von FuE der Wirtschaft in den neuen Ländern weiter ausbauen: Sie wird so mit einer neuen „Gemeinschaftsinitiative Produkterneuerung“ auf ausgewählten Schlüsseltechnologiefeldern die rasche Umsetzung in neue Produkte unterstützen.

● Defizite auf Spitzentechnologiemärkten: Die Kooperation zwischen staatlicher und privatwirtschaftlicher Forschung muß intensiviert werden

Eine Bilanz der Ergebnisse der Forschungspolitik seit 1982 zeigt: Die internationale Anerkennung wissenschaftlicher Leistungen in Deutschland hat zugenommen. Die Beachtung deutscher wissenschaftlicher Publikationen und die Zahl der Auszeichnungen für deutsche Forscher ist angestiegen. Im Bereich der technologischen Entwicklung verfügt Deutschland traditionell über wesentliche Stärken auf vielen Gebieten höherwertiger Technologien. Deutschland hat mit seiner Spezialisierung auf höherwertige Technologien in den 80er Jahren hervorragende Außenhandelsergebnisse erzielt.

Wichtige Märkte wie der Maschinenbau und der Automobilbau geraten gegenwärtig allerdings unter zunehmenden Wettbewerbsdruck. Die Anzeichen mehren sich,

daß die Innovationsdynamik der deutschen Wirtschaft nachgelassen hat:

- Deutschland mußte als weltgrößter Exporteur von Industriewaren — anders als seine beiden Hauptkonkurrenten USA und Japan — bei den Welthandelsanteilen an FuE-intensiven Gütern in den letzten Jahren einen deutlichen Rückgang hinnehmen.

- Das Angebot an FuE-intensiven Waren der deutschen Industrie hat sich zunehmend in Bereiche verschoben, die unterdurchschnittliche Marktzuwachsraten aufweisen. Gleichzeitig erhöhte sich im Vergleich zu den letzten Jahren der Anteil der Produkte, die sich in einer Schrumpfung- bzw. Stagnationsphase befinden.

- **Marktwirtschaftlich-orientierte Technologiepolitik ist ein substantieller Beitrag für langfristige Innovationsdynamik in Deutschland**

Deutschland hat gute Voraussetzungen, um seine Attraktivität als Forschungs- und Technologiestandort zu erhalten und auszubauen. Es verfügt über ein differenziertes und vielfältiges Forschungssystem, welches sich in seiner historisch gewachsenen Aufgabenverteilung zwischen Bund, Ländern und Wirtschaft bewährt hat. Die hohe Qualifizierung des Forschungspersonals ist ein wichtiger Standortvorteil unseres Landes. Das vorrangige Ziel der Politik muß es in diesen Jahren sein, alle Möglichkeiten zur Steigerung der Effizienz der Forschung in Deutschland zu nutzen.

Notwendig ist ein intensiver strategischer Dialog zwischen Staat, Wirtschaft und Wissenschaft über Forschungsschwerpunkte und die Einschätzung längerfristiger technologischer Entwicklungslinien mit dem Ziel, Kräfte zu bündeln, längerfristige Perspektiven zu erarbeiten und arbeitsteilig umzusetzen. Dieser Dialog wird durch den BMFT auf politischer

Ebene, durch die Einsetzung eines Strategierats zur Forschungs- und Technologiepolitik und auf Fachebene intensiviert.

Freiräume zur Gestaltung der Forschung müssen unter anderem durch die klare Benennung von Prioritäten und Posterioritäten gewonnen werden. Forschungsförderung muß sich in höherem Maße als in der Vergangenheit daran messen lassen, inwieweit es der Forschung gelingt, Ergebnisse in konkrete, marktfähige und gewinnträchtige Produkte und Verfahren umzusetzen. Gerade bei der Nutzung der exzellenten Ergebnisse der anwendungsorientierten Grundlagenforschung muß dieser Umsetzungsprozeß beschleunigt werden.

Ziel einer marktwirtschaftlichen Technologiepolitik muß sein, innovationsfördernde Rahmenbedingungen zu schaffen und zu erhalten. Dazu gehören neben einem funktionsfähigen Wettbewerb ein die Innovationskraft stimulierendes Steuersystem sowie Regelwerke, die die Innovations- und Investitionsanstrengungen der Wirtschaft fördern und nicht behindern oder verzögern.

Die Bundesregierung vollzog nach 1982 den Wechsel von der angewandten Technologieförderung und dem Ziel der Branchenstrukturpolitik hin zur Förderung vorwettbewerblicher branchenübergreifender Schlüsseltechnologien. Dieser Kurs wird weitergeführt.

Im Innovationsprozeß ist entscheidend, daß die Verantwortung bei den einzelnen Unternehmen liegt. Denn nur sie können aufgrund ihrer Marktkenntnisse und Erfahrungen beurteilen, in welcher Weise die Bedürfnisse der Nachfrager am besten befriedigt werden können. Notwendig ist aber eine offensive Technologiepolitik, die vielversprechende Technologielinien fördert und die Umsetzung in die Wirtschaft durch vielfältige Maßnahmen unterstützt. ■

Hochtechnologie fördern statt Techniken von gestern

Zur Bedeutung der „Forschungspolitik für die Sicherung des Standortes Deutschland“ erklärte der Vorsitzende des Bundesfachausschusses „Forschung und Technologie“, Christian Lenzer:

Aus den Zahlen des von Bundesminister Paul Krüger vorgelegten Bundesforschungsbericht 1993 ergeben sich Forderungen an die Forschungspolitik einerseits und an Industrie und Wirtschaft andererseits. Alarmierend ist der rückläufige Anteil der Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen am Bruttoinlandsprodukt. Die Forschungszuwächse der Wirtschaft sind seit 1989 regelmäßig unter den Zuwächsen des Bruttoinlandsprodukts geblieben.

Dabei ist klar, daß Deutschland sich mittel- bis langfristig nur mit technologischen Spitzenprodukten im internationalen Wettbewerb behaupten kann. Einsparungen im Bereich von Zukunftstechnologien sind der falsche Weg. Dies gilt sowohl für die Wirtschaft als auch für die staatliche Forschungsförderung. Gerade jetzt, wo die Notwendigkeit zum Sparen da ist, muß die Forschungspolitik sich auf ihre eigentlichen Aufgaben konzentrieren. Zudem sollte vor dem Hintergrund des nach der Sommerpause zu beratenden Haushaltes geprüft werden, ob es nicht sinnvoller ist, Erhaltungssubventionen in Techniken von gestern in die Förderung von Hochtechnologie umzuschichten.

Der jetzige Wirtschaftsabschwung ist nicht nur konjunkturell, sondern auch strukturell bedingt. Wir müssen die Krise als Chance begreifen und die Vorausset-

zung für zukunftsträchtige hochtechnologische Strukturen schaffen.

Gefordert ist eine konzertierte Aktion von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik mit dem Ziel der Formulierung und Umsetzung prioritärer Forschungs- und Entwicklungsaufgaben. Strikte Vorgaben durch die Politik, wie das japanische Miti sie gibt, sind dabei allerdings nicht gefragt. Letztendlich müssen die Verantwortlichen in Industrie und Wirtschaft

Die CDU will eine breite Offensive, die den Zusammenhang zwischen neuen Technologien, Umweltschutz und Wohlstand deutlich macht.

selbst entscheiden. Allen muß aber die Bedeutung der jetzigen Weichenstellungen klar sein.

Biotechnologie, Raumfahrt, Informationstechnik, Mikroelektronik und Materialforschung zeichnen sich als entscheidende Zukunftstechnologien ab. Diese Felder müssen in Deutschland erschlossen und in marktfähige Produkte umgesetzt werden. Die staatliche Forschungsförderung hat hier die Aufgabe, mit Fachprogrammen und Projekten Akzente zu setzen und eine entsprechende High-Tech-Industrieforschung zu stimulieren.

Sie muß aber auch Entwicklungsrisiken mindern und vor allen Dingen durch Entbürokratisierung und Deregulierung ein forschungsfreundliches Klima für Inno-

Aus der Bildungsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

Wie reagieren Politik und Medien auf die Zunahme der Gewalt in unserer Gesellschaft? Was können sie für sich allein, aber auch gemeinsam tun, um eine Eskalation der Gewalt zu unterbinden? Welchen Beitrag können Familien und Schulen leisten, damit ihnen ihre originäre Verantwortung für die Erziehung unserer Kinder nicht entgleitet und fehlende Orientierung ersatzweise durch Medienkonsum befriedigt werden? — Fragen, auf die während des ersten „Wiesbadener Gesprächs“ der Konrad-Adenauer-Stiftung Antworten gegeben werden sollen. Thema/Termin/Ort:

Zunehmende Gewalt in unserer Gesellschaft — Verantwortung von Politik und Medien

Donnerstag, 9. September 1993,
10—13.30 Uhr, Wiesbaden, Plenarsaal
des Hessischen Landtags

Gesprächsleiter: Dr. Konrad Adam,
FAZ; Diskussionsteilnehmer (u. a.):

- Ignatz Bubis, Vorsitzender des Rundfunkrats des Hessischen Rundfunks, Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland
- Prof. Dr. Jo Groebel, Universität Frankfurt
- Egbert Heinisch, Landeskriminalamt Baden-Württemberg
- Manfred Kanther, Bundesminister des Innern
- Dr. Georg Kofler, PRO 7

Weitere Informationen/
Anmeldungen:

Konrad-Adenauer-Stiftung
Politische Bildung/
Bildungswerk Marburg
Frauenbergstraße 19
35039 Marburg

vationen schaffen. Verstärkte steuerliche Anreize hätten ebenfalls positive Effekte für die Forschungstätigkeit. Die deutsche Grundlagenforschung hat nach wie vor einen guten Ruf. Es gilt aber auch hier, sie auf wirkliche Zukunftsfelder zu konzentrieren. Außerdem hapert es an der Umsetzung in entsprechende Produkte. Die Wirtschaft ist gefordert, die Angebote der Hochschulen- und Forschungseinrichtungen besser abzufragen. Modellcharakter für den Umsetzungsprozeß können die Innovationskollegs, die jetzt an den Hochschulen der neuen Bundesländer eingerichtet werden und interdisziplinär mit internen und externen Wissenschaftlern arbeiten, haben. Der Neuaufbau der Forschungslandschaft in

den neuen Bundesländern ist eine Chance, später auch Verkrustungen in ganz Deutschland aufzubrechen. Dies liegt im ureigensten Interesse der Hochschulen, der Forschungseinrichtungen und der Industrie.

Besorgniserregend ist die mangelnde Technologieakzeptanz in Deutschland. Obwohl wir dringend auf die Entwicklung von Hochtechnologien und deren Export angewiesen sind, herrscht in weiten Teilen der Bevölkerung Skepsis und Befangenheit. Dies ist womöglich Folge von Unkenntnis und diffusen Ängsten. Die CDU will deshalb eine breite Offensive, die den Zusammenhang zwischen neuen Technologien, Umweltschutz und Wohlstand deutlich macht. ■

Novellierung des Gentechnik-Gesetzes

Bürokratische Hemmnisse auf allen Ebenen beseitigen

Zur anhaltenden Diskussion um die Novellierung des Gentechnik-Gesetzes erklärte der Vorsitzende des Bundesausschusses „Forschung und Technologie“, Christian Lenzer:

Die Entwicklung und Anwendung von Zukunftstechnologien entscheidet wesentlich über die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland. Wichtiger noch als staatliche Förderprogramme ist eine klare Politik der Entbürokratisierung. Mit der Novellierung des Gentechnik-Gesetzes, über deren Notwendigkeit ein breiter politischer Konsens besteht, werden wir einen großen Schritt in diese Richtung tun. Es kann als sicher angenommen werden, daß das Gesetzesvorhaben noch in diesem Herbst abgeschlossen wird.

Klar muß aber heute schon sein, daß die vollziehenden Behörden auch ihre Bearbeitungspraxis verbessern müssen. Das jetzt für die unterste Sicherheitsstufe, in der es kein Risiko für die menschliche Gesundheit oder die Umwelt gibt, vereinbarte Anmeldeverfahren darf nicht letztendlich doch in einen langwierigen hemmenden Bürokratismus ausarten.

Die Novelle des Gentechnikgesetzes ist in Zusammenhang mit den noch zu schaffenden Regelungen für die Genomanalyse und für die Genterapie zu sehen. Wir brauchen in Deutschland für den gesamten Bereich dieser innovativen Schlüsseltechnologie klare Rahmenbedingungen und Rechtssicherheit für die Anwender.

Zur Sicherung von Forschung und Wirtschaftsentwicklung in Deutschland muß

die Gentechnik auch fester Bestandteil aller universitären Ausbildungen in den einschlägigen Fachbereichen sein. Es würde eine Abkopplung von der Zukunft bedeuten, wenn die Studenten nicht frühzeitig mit dieser Technik in Berührung kommen und deren Anwendung und Beherrschung erlernen könnten.

Es geht der CDU keinesfalls um die Verringerung der Sicherheitsstandards. Die Gentechnik birgt wie jede andere Technik auch Gefahren, und längst ist noch nicht jede Frage, die sich im Zusammenhang mit ihrer Anwendung ergibt, beantwortet. Rechtsvorschriften, die keinen zusätzlichen Sicherheitsgewinn bringen, schaden aber, statt zu schützen. Qualifizierte Sicherheitsprüfungen und qualifi-

Die CDU will einen breiten gesellschaftlichen Konsens über die Anwendung der Gentechnologie.

zierte Sicherheitsforschung sind Ziele der CDU. Dafür müssen Kapazitäten in den wirklich sicherheitsrelevanten Bereichen freigemacht werden. Arbeiten, die bereits in anderen Ländern tagtäglich durchgeführt werden und entsprechend gut geprüft und erforscht sind, bedürfen nicht immer wieder erneuter Prüfung und Begutachtung.

Die CDU will einen breiten gesellschaftlichen Konsens über die Anwendung der Gentechnologie. Öffentlichkeitsbeteiligung tut not. Diese muß aber Sachaufklärung sein. Sie darf sich nicht in der

Neue Ausgabe von „Die Frau in unserer Zeit“

Soeben erschienen ist die Ausgabe 3/93 der Zeitschrift „Die Frau in unserer Zeit“ der Konrad-Adenauer-Stiftung. Das Heft geht vor allem auf die Frage nach der Rolle von Frauen in Europa ein. Susanne Schunter-Kleemann beschäftigt sich in ihrem Beitrag „Herrenhaus Europa?“ mit den unterschiedlichen Systemen der Alterssicherheit für Frauen in Europa. Sigrid Quack vergleicht Beschäftigungsperspektiven, Erwerbsverhalten und Berufsstrukturen von Frauen in den EG-Mitgliedstaaten. Welche Einstellungen Frauen in den europäischen Integrationsprozeß miteinbringen, fragt Melanie Piepenschneider.

In ihrem Beitrag „Europa — Chance oder Rückschritt für Frauen?“ beschäftigt sich Christine Lieberknecht mit der Lohn- und Gleichstellungspolitik in der Europäischen Gemeinschaft. Marlene Lenz berichtet über Frauenpolitik im Europäischen

Parlament, Angela Merkel zieht eine Bilanz der Frauenpolitik nach Maas-tricht.

Über Flüchtlingsschicksale von Frauen aus dem ehemaligen Jugoslawien und über die Tätigkeit Csilla von Boeselagers berichtet Martina Kaiser. Christine Henry-Huthmacher faßt die Ergebnisse des Kongresses der Konrad-Adenauer-Stiftung „Die Lebenssituation der Frauen im Osten und Westen der Bundesrepublik Deutschland“ zusammen. Larissa Lissjutkina fragt: „Warum ist der westliche Feminismus russischen Frauen suspekt?“

Das neue Heft kann unter der Rufnummer (0 22 41) 2 46-5 15 beim Referat für Publikationen und Kommunikation im Bereich Forschung und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung oder beim Knoth-Verlag unter der Rufnummer (0 54 22) 28 95 bezogen werden.

Gestalt vollziehen, daß gentechnische Anlagen und Freilandversuche blockiert werden und öffentliche Anhörungstermine nicht von interessierten Bürgern, sondern von ideologisch motivierten Demonstrationsprofis beherrscht werden.

Die CDU spricht sich für einen verantwortlichen Umgang mit neuen Technologien, wie der Gentechnik, aus. Manipulation am menschlichen Erbgut und Keimbahnversuche kommen für uns nicht in Frage. Verantwortlicher Umgang heißt aber auch, die Chancen neuer Technologien für die Menschheit im positiven Sinne auszunutzen. Angesichts der Hoffnung auf die Beherrschung von geißelnden Krankheiten wie Krebs, Aids, Diabetes oder Multiple Sklerose wäre ein Ver-

zicht auf die Gentechnik unverantwortbar. Auch die Chancen auf eine ressourcenschonende Nahrungsmittel- und Energieproduktion dürfen mit Blick auf die Zukunft der Menschheit nicht vertan werden.

Die Gentechnik hat ein enormes wirtschaftliches Potential. Zum Beispiel werden sich nach Expertenmeinung schon bis 1995 40 Prozent des gesamten Pharmamarktes auf gentechnische Produkte stützen. Die entscheidende Frage ist, ob deutsche Wissenschaftler, ob die deutsche Industrie sich mit an der Spitze befinden oder ob sie mit unabsehbaren negativen Folgen für unsere Volkswirtschaft auf lange Sicht der Entwicklung hinterherlaufen.

CDA: Einheit durch Gerechtigkeit

Seit 100 Tagen ist Werner Schreiber neuer Bundesvorsitzender der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft. Als gelernter Betonbauer, der später zum Sozialarbeiter umschulte, verbindet sich in seiner Person die klassische Arbeitnehmerproblematik mit den neuen sozialen Fragen.

Das Bonner Parkett kennt der Vater einer erwachsenen Tochter, der ursprünglich aus dem Saarland stammt, da er einige Jahre stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Arbeitnehmergruppe im Deutschen Bundestag war. Seit 1989 ist er Arbeits- und Sozialminister in Sachsen-Anhalt. Was ihn von seiner Kollegin Regine Hildebrandt (Brandenburg) unterscheidet? — Es gibt politische Handwerker und politische Mundwerker ...

In der Chemnitzer Erklärung „Einheit durch Gerechtigkeit“ wurden die Arbeitsschwerpunkte der CDA für die nächsten Monate festgelegt. Vor allem geht es ihr um die Stabilisierung und Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft. Sie zeichnet sich durch ein vernetztes Denken aus.

Dort, wo andere Konzepte das Gegeneinander schüren, sucht die Soziale Marktwirtschaft das Miteinander.

- Statt den Gegensatz von Arbeit und Kapital zu verschärfen, bildet sie eine partnerschaftliche Wirtschaftsordnung.
- Statt die ökonomischen und die sozialen Leistungen in einen Widerspruch zu stellen, steht sie für die produktive Kraft des sozialen Friedens.
- Die Verbindung von Wettbewerb und sozialem Ausgleich ist ihr Erfolgsrezept. Tragende Säulen sind die Sozialversicherungen, die Tarifautonomie und Mitbestimmungsrechte für Arbeitnehmer.

Für die CDA ist die Arbeit nicht nur Einkommensquelle, sondern auch die sogenannte Nicht-Erwerbsarbeit muß einen stärkeren Stellenwert in der Gesellschaft erhalten. Leistungen wie das Erziehungsgeld und Pflegegeld sowie deren Absicherungen im Alter sind Elemente eines gesellschaftlichen Lohnes für soziale Tätigkeiten, die bis dahin im Bruttosozialprodukt der Volkswirtschaft nicht erfaßt waren.

Die Unternehmen müssen auf Zukunftsfragen antworten. Dazu gehören Innovation und Motivation. Wer sich geistig defensiv verhält, wird auch materiell die Zukunft nicht gewinnen können. Der weltweite Wettbewerb wird von den Kreativen entschieden und nicht von denen, die Risiko ablehnen. Wir brauchen Unternehmer, die ihrer volkswirtschaftlichen Aufgabe gerecht werden, und diese sollen alle erdenklichen Hilfen erhalten.

Eine aktive Struktur- und Industriepolitik soll die marktwirtschaftliche Ordnung in den neuen Ländern entwickeln. Der Markt fällt nicht vom Himmel, sondern braucht Voraussetzungen, die ein engagierter Staat schaffen muß. Das zeigt auch die Wirtschafts- und Sozialgeschichte der alten Bundesrepublik. Daher bekennt sich die CDA zur aktiven Arbeitsmarktpolitik, die solange sinnvolle Tätigkeiten und Qualifizierungen organisiert, bis der Strukturwandel vollzogen ist.

Daß Solidarität nicht an Grenzen halt macht, sondern grenzüberwindend wirkt, ist eine alte Erkenntnis. Menschenrechte gelten für alle Menschen und nicht nur für Nationen. Daher ist das Bekenntnis zur Entwicklungsarbeit, die „Hilfe zur Selbsthilfe“ leistet, für eine christlich orientierte Politik unverzichtbar.

Ohne soziale Gerechtigkeit keine Akzeptanz für Europäische Union

Der Bundesfachausschuß Sozialpolitik erhebt Forderungen für eine europäische Sozialpolitik nach Maastricht, die am 11. August vom Vorsitzenden des Bundesfachausschusses, Hermann-Josef Arentz, und dem stellvertretenden Vorsitzenden der Arbeitnehmergruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments, Winfried Menrad MdEP, in Brüssel der Presse vorgestellt wurden:

Ohne soziale Gerechtigkeit und Ausgewogenheit wird es keine Akzeptanz für die Europäische Union bei den Bürgerinnen und Bürgern in den Mitgliedstaaten geben, erklärten Arentz und Menrad.

„Die Sozialpolitik darf nicht zum Stiefkind des europäischen Einigungsprozesses werden, sie muß integraler Bestandteil des Weges in die Einheit sein.“ Ziel sei die Annäherung der Lebensverhältnisse auf hohem Niveau, wobei regionale Besonderheiten und die unterschiedliche Leistungskraft der einzelnen Mitgliedstaaten berücksichtigt werden müßten.

Die CDU-Politiker begrüßten an den Beschlüssen von Maastricht die Orientierung an den Grundsätzen der Solidarität und der Subsidiarität sowie das Konzept der sozialen Mindeststandards, die keine Minimalstandards seien. Jetzt hätten die Europäische Kommission und die Parlamente der Mitgliedstaaten die Pflicht, die sozialpolitischen Weichenstellungen in Initiativen und Gesetze umzusetzen.

Handlungsbedarf sehen die CDU-Sozialpolitiker vor allem bei der besseren Beteiligung der Arbeitnehmer in Unternehmen. Die Interessenvertretung der Arbeitnehmer darf nicht an nationalen Grenzen enden, wenn die Unternehmen grenz-

überschreitend tätig sind. Überdies besteht Handlungsbedarf bei den Regelungen der Arbeitszeitgestaltung und des Arbeitsschutzes, bei der Verhinderung von Sozialdumping durch Mißbrauch der Freizügigkeit innerhalb der EG, bei der Verbesserung der Rechte der Frauen, bei der schrittweisen Herstellung von Konvergenz der sozialen Sicherungssysteme sowie im Bereich einer europäischen Strukturpolitik, die einen finanzierbaren Lastenausgleich über einen Strukturfonds beinhalten müsse.

Außerdem wird gefordert, beim Europäischen Gerichtshof Arbeits- und Sozial-

Ziel: Annäherung der Lebensverhältnisse auf hohem Niveau

rechtskammern zu bilden und dort auch sachkundige Laien als ehrenamtliche Richter einzusetzen.

„Die Europapolitiker in allen Mitgliedstaaten sind aufgefordert, auf der Grundlage des Vertrages von Maastricht eine europäische Sozialordnung zu schaffen, die diesen Namen auch verdient. Wirtschaftliche und politische Integration kann nur im Gleichklang mit der sozialpolitischen Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft erfolgreich sein und akzeptiert werden“, erklärten Arentz und Menrad.

Der Beschluß des Bundesfachausschusses Sozialpolitik der CDU: „Sozialordnung der Europäischen Gemeinschaft gestalten“ ist in der CDU-Bundesgeschäftsstelle Friedrich-Ebert-Allee 73-75 D-53113 Bonn erhältlich.

Recycling in Europa –

keine Zauberformel, aber ein ausbaufähiger Weg

„Recycling“ ist heute in aller Munde als die Zauberformel, mit der wir die Folgen unserer Industrie- und Konsumgesellschaft, insbesondere die kaum mehr zu bewältigenden Abfallberge, in den Griff bekommen wollen.

Zweifellos ist Recycling die Antwort auf viele Arten von Abfällen. Die Problematik der Abfallwirtschaft muß im Rahmen einer Gesamtstrategie aufgegriffen werden, innerhalb derer dann die Verwertung ihren Beitrag zur Lösung der Abfallprobleme leisten muß.

Das Europäische Parlament hat eine solche Gesamtstrategie verlangt, weil es der Ansicht ist, daß zu einer Politik des Gemeinsamen Marktes, in dem die Produkte frei zirkulieren, auch eine gemeinsame Politik für die Abfälle gehört. Auf der Grundlage eines Gesamtansatzes brauchen wir dann ganz konkrete Maßnahmen, um möglichst weitgehende Abfallreduzierungen zu erreichen. Bis heute hat die Kommission nur in einem Bereich, dem der Verpackungen, einen konkreten Vorschlag vorgelegt. In erster Lesung hat das Europäische Parlament wesentliche Gesichtspunkte der deutschen Verpackungsverordnung übernommen.

Kernansätze müßten sein:

- Abfallvermeidung
- Abfallverwertung
- Verbrennung mit Energierückgewinnung
- Deponierung/Lagerung.

Zu betonen ist, daß die gerade gesetzten Prioritäten – d. h. Vermeidung vor Ver-

wertung vor Deponierung/Lagerung – unbedingt eingehalten werden müssen. Denn der beste Müll ist der, der gar nicht erst entsteht.

Ein besonders wirtschaftliches Entwicklungspotential liegt im Markt der Abfallverwertung. Hier sind erste Schritte getan, um den Markt für Sekundärrohstoffen zu eröffnen.

Materialien oder Inhaltsstoffe, die die Verwertung behindern, sollten dabei stärker in Frage gestellt und in letzter Konsequenz sogar von bestimmten Anwendungen ausgeschlossen werden. Kurzlebige Produkte haben auf einem Markt, der sich immer mehr an Umweltkriterien orientiert, kaum Zukunftsperspektiven. Wer dies rechtzeitig erkennt, kann seine Produkte in der Weise umstellen, daß er

Von Karl-Heinz Florenz

Mitglied des Europäischen Parlaments

Produktionseinbußen vermeidet und am Aufschwung des neuen Verwertungsmarktes mit Gewinn teilnimmt.

In diesem Rahmen lohnt es sich durchaus, den einen oder anderen Produktionsablauf kritisch unter die Lupe zu nehmen.

Bei der Produktplanung muß daher die Umweltverträglichkeit eines der entscheidenden Kriterien sein. Es kann als gesichert angesehen werden, daß dann hohe Verwertungskriterien möglich sind und mit der Tatsache als solcher auf dem Markt geworben werden kann.

Allerdings darf Verwertbarkeit auch nicht zum Freibrief werden. Die Umweltbilanz, nämlich die Gesamtbetrachtung aller

Umweltfaktoren wie z. B. Energieeinsatz für die Produktion, muß unterm Strich stimmen. Deshalb hat das Parlament schon früh die Kommission aufgefordert, eine Standardisierung der Methoden für Ökobilanzen und Produktanalysen voranzutreiben, um eine wirklich fundierte Vergleichbarkeit der Produkte, egal aus welchem Mitgliedsland sie kommen, zu ermöglichen.

Weiter muß bei den Kriterien für die Vergabe des Umweltgütezeichens, an denen derzeit gearbeitet wird, die oben aufgeführten Punkte angemessen berücksichtigt werden. Die Folge ist: Der heutige Verbraucher, der durchaus sehr umweltbezogen seine Einkäufe tätigt, kann durch das Kaufen umweltfreundlicher Produkte die Absatzquote der sog. „Umweltsünder“ deutlich drücken.

Damit die Wirtschaft ihren Anteil zur Verwirklichung einer umfassenden Abfallreduzierung beitragen kann, müssen über die ordnungsrechtlichen Mittel hinaus neue Wege gefunden werden, d. h. neben dem bereits ausgeprägten Ordnungsrecht müssen mehr und mehr marktwirtschaftliche Instrumente mit Motivationspotential entwickelt werden.

Sicherlich kann es nicht richtig sein, daß es für einen Unternehmer vielfach billiger ist, seine Abfälle auf der Deponie zu entsorgen, als dies beim Wiederverwerten der Fall ist. Wiederverwertung wird besonders dann interessant, wenn die Deponiekosten steigen und die mit der Deponierung zwangsläufig verbundenen Folgekosten mitreflektieren.

Ziel eines neuen Umweltbewußtseins muß es sein, im Abfall nicht nur „Müll“ zu sehen, sondern mit unseren knappen Rohstoffen verantwortungsbewußt umzugehen. Abfälle sind also nicht automatisch Müll, sondern wertvolle Sekundärrohstoffe für den weiteren Produktionsprozeß.

Die Aufgabe der kommenden Jahre wird es also sein, Abfallpolitik in Richtung einer verstärkten Recyclingpolitik weiterzuentwickeln. Sie soll und muß Abfälle, statt wie bisher zu entsorgen, solange als möglich im Wirtschafts- und Produktionskreislauf halten. Die damit verbundene Schonung der natürlichen Rohstoffe ist ein wichtiger Schritt zur Verwirklichung jener nachhaltigen Entwicklung, die seit der Rio-Konferenz im letzten Jahr in aller Munde ist. ■

Die Bürger und ihr Staat

Der Ruf nach dem Staat ertönt schnell und laut, gleichgültig, ob es sich um gestrandete Urlauber oder Pleite machende Unternehmen handelt.

Die Bürger haben sich an eine Art Allzuständigkeit des Staates gewöhnt. Politik und Politiker haben dazu beigetragen.

Nun werden Grenzen spürbar, und wir müssen uns Gedanken machen über die Bürger und ihren Staat, über wechselseitige Rechte und Pflichten.

Wir möchten Sie einladen, dies am 28. September 1993 im Kleinen Saal des Konrad-Adenauer-Hauses in Bonn mit uns gemeinsam zu tun.

Begrüßung: Angela Merkel, Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises (EAK); **Einführung:** Justizminister Steffen Heitmann, Dresden.

An der Gesprächsrunde nehmen u. a. außerdem teil: Peter Beier, Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland, Düsseldorf, Reinhard Göhner, Vorsitzender der Grundsatzprogrammkommission, Editha Limbach, MdB.

SPD tief gespalten

Zur Diskussion über die Voraussetzungen einer deutschen Beteiligung an künftigen UN-Einsätzen erklärte Generalsekretär Peter Hintze:

Es ist überfällig, daß die SPD nach zwei Niederlagen beim Bundesverfassungsgericht ihre realitätsfremde Haltung zu UN-Einsätzen der Bundeswehr zu korrigieren sucht. Was bisher aus der SPD zu hören ist, reicht allerdings bei weitem nicht aus. Die SPD darf sich nicht nur in zaghaften Trippelschritten auf die Wirklichkeit zubewegen, wenn sie als politische Kraft ernst genommen werden will.

Es bleibt abzuwarten, ob sich die Sozialdemokraten überhaupt zu einer gemeinsamen Linie durchringen können. Augenscheinlich ist die SPD in dieser Frage nach wie vor tief gespalten. Es ist derzeit nicht erkennbar, daß sich das realitätsnähere Lager durchsetzen könnte. Wenn

Scharping die Kurswende nicht schafft, ist das schnell der Einstieg in seinen Abstieg.

Die von SPD-Politikern vorgeschlagene Zweidrittelmehrheit für „gefährliche“ UN-Einsätze wird es mit der Union nicht geben. Eine Unterscheidung zwischen „gefährlichen“ und „ungefährlichen“ Einsätzen ist ebenso realitätsfremd wie diejenige zwischen „friedenserhaltenden“ und „friedensschaffenden“ Maßnahmen. Die augenblickliche Verwirrung innerhalb der Opposition zeigt, daß es äußerst problematisch wäre, wenn sich die Regierung bei der Entscheidung über eine Beteiligung an UN-Einsätzen von der jeweiligen Stimmungslage in der SPD abhängig machen würde: Die Lähmung des Regierungshandelns und der Verlust internationaler Verantwortungsfähigkeit wären die Folge. Die Wahrnehmung der deutschen Verantwortung in der Völkergemeinschaft kann nicht von Zufallsentscheidungen auf SPD-Bundesparteitagen abhängen.

Frischluff kündigt Seminare an

Weimar-KultTour: Vom 3. bis 4. 9. 1993 findet erneut für Kulturinteressierte ein Weimarseminar statt. Im Programm sind u. a. Führungen durch das Schillerhaus und -museum sowie durch das Goethehaus vorgesehen.

Seminar zur Gewaltbereitschaft: Vom 3. bis 5. 9. 1993 findet in der Karl-Arnold-Bildungsstätte das Seminar zum Thema „Gewaltbereitschaft bei Jugendlichen“ statt. Als Themenschwerpunkte sind u. a. „Gründe und Ursachen des Rechtsextremismus“ und „Medien und Gewalt“ geplant.

II. Bonn-Woche: Zum zweitenmal in diesem Jahr veranstaltet Frischluff die Bonn-Woche mit dem Thema „Regierung und Parlament live!“ Sie findet vom 27. 9. bis 1. 10. 1993 statt. Führungen durch den Bundestag, Vorträge im Innen- und Verteidigungsministerium sowie eine Stadtbesichtigung stehen auf dem Programm.

Interessierte können Infos, Preise, Programme und Einladungen bei der Bundesgeschäftsstelle von Frischluff e.V., Anna-berger Str. 283, 53175 Bonn, Tel.: 0228/310023 anfordern.

„Probleme mit der Wirklichkeit“:

Rudolf Scharping und die innere Sicherheit

Das Wort „Neuanfang“ war einer der zentralen Begriffe, den die SPD auf ihrem letzten Parteitag in Essen gebetsmühlenartig wiederholte.

Personell machte sie mit dem rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Rudolf Scharping — nach der langen Liste der gescheiterten Hoffnungsträger der SPD — einen weiteren Versuch. Inhaltlich macht Scharping — zumindest für die Öffentlichkeit — bereits deutliche Lockerungsübungen. Es bleibt aber die Frage, ob die SPD seinen Vorstellungen folgen wird oder ob Scharping — wie sein Vorgänger Engholm — an der Wirklichkeitsverweigerung der SPD scheitern wird.

„Großer Lauschangriff“

Korrekturbedarf für die Position der SPD sieht Scharping unter anderem beim Thema innere Sicherheit. Die Sozialdemokraten müßten offen darüber reden, „ob tatsächlich jede Garage oder jedes Hinterzimmer eines Bordells den gleichen Schutz verdient wie die private Wohnung“, schreibt Scharping in der jüngsten Ausgabe des Mitgliedermagazins „Vorwärts“.

Ausdrücklich fordert Scharping eine baldige Regelung für die — diffamierend „großer Lauschangriff“ genannte — akustische Beweissicherung in Privaträumen. „Damit dürfen wir nicht bis zur Bundestagswahl warten“, mahnt Scharping (Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 26. 7. 93). Ein konkreter Verdacht, eine konkrete Person und die Entscheidung eines mehrköpfigen Richterorgans müsse den „großen Lauschangriff“ ermöglichen.

Gegen die Beschlußlage

Damit steht Scharping ausdrücklich im Widerspruch zur gültigen Beschlußlage der SPD. Noch auf dem Bonner Sonderparteitag im November 1992 hatte die SPD ausdrücklich die Einführung der akustischen Beweissicherung abgelehnt. „Nichts als Fragezeichen, Worte wie aus Nebelwerfern. Die SPD-Spitze zerrt an den Fesseln, die ihr Parteitage angelegt haben — und verheddert sich immer mehr.“ (Die Welt, 11. 8. 93) Es wundert nicht, daß bereits eine Reihe namhafter Kritiker aus der SPD Scharping ihre Gefolgschaft in dieser Frage verweigern.

Die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (ASJ) hat ihren Widerstand gegen die Einführung der akustischen Beweissicherung angekündigt. Ausdrücklich lehnt der ASJ-Vorsitzende Klaus Hahnzog die Einführung des „großen Lauschangriffs“ ab.

Neues Trauma der SPD

Kritisiert wird Scharping auch von den SPD-Justizministerinnen der Länder, die die Frage des „Lauschangriffs“ erneut zu einer Grundsatzfrage für die SPD hochstilisieren wollen. Der SPD-Rechtspolitiker Hermann Bachmaier warnt seine Partei gar vor jedem Einlenken. (Süddeutsche Zeitung, 26. 7. 1993) Nach dem Asyltrauma scheint die innere Sicherheit ein neues Trauma für die SPD zu werden.

„Die SPD hat trotz einer neuen Führungsspitze gegenwärtig programmatisch kaum etwas zu bieten.“ (Neue Zeit, 30. 6. 93)

Bremer SPD führungslos und chaotisch

„Das, was die Sozialdemokraten den Bürgern des kleinsten Bundeslandes bieten, ist abenteuerlich und chaotisch.“ Mit diesen Worten kommentierte Bernd Neumann, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesforschungsministerium und Bremer CDU-Landeschef, die Ergebnisse des Bremer SPD-Sonderparteitages.

Dort sprachen die Delegierten SPD-Bürgermeister Wedemeier zwar das Vertrauen aus, folgten jedoch nicht der Forderung des SPD-Parteivorstandes, Wedemeier bereits jetzt als Spitzenkandidaten für die Bürgerschaftswahl zu nominieren. Im Verlauf des SPD-Sonderparteitages trat zudem der Landesvorsitzende Kunick, der mit der stellvertretenden Landesvorsitzenden Pensky im Vorfeld des Parteitages maßgeblich an der öffentlichen Demontage des Bremer Regierungschefs beteiligt war, nach nur vier Monaten von seinem Amt zurück. Damit beendete der mittlerweile vierte SPD-Landesvorsitzende vorzeitig seine Amtszeit.

„Die Bremer SPD befindet sich im Zustand politischer Verwahrlosung und langsamen Dahin-Siechens“, so der Vorwurf Bernd Neumanns. Sie sei führungslos und nur noch mit sich selbst beschäftigt. Entscheidende Weichenstellungen zur Rettung Bremens erfolgten nicht, ins-

besondere wegen der gegenseitigen Blockade von Grünen und FDP in der Ampel-Regierung. „Das ist für Bremen lebensgefährlich!“ so der CDU-Landeschef.

Mit der Vertrauenserklärung für Wedemeier klammerte sich die SPD „an den letzten Strohalm“. Die Partei sei so kraft- und saftlos, daß sie noch nicht einmal schaffe, sich von dem völlig demonitierten Wedemeier zu befreien. Der CDU-Landeschef wiederholte seine Forderung „Wedemeier und die Ampel müssen weg!“.

Dies hatte Bernd Neumann bereits im Vorfeld des SPD-Sonderparteitages unterstrichen und unter Verweis auf die verfassungsrechtliche Lage, nach der in der Freien Hansestadt keine vorgezogenen Neuwahlen möglich sind, vor der Bremer Presse eine „Sanierungskoalition“ gefordert. Dem zeitlich begrenzten Bündnis müßten neben der CDU auch SPD und FDP angehören. Ziel sei die Verwirklichung des Sanierungsprogramms.

In einer „Sanierungskoalition“ sei für den jetzigen SPD-Bürgermeister Wedemeier allerdings kein Platz. Unabhängig davon gab der CDU-Landeschef das strategische Ziel seiner Partei vor, 1995 in der Wesermetropole stärkste Partei zu werden und mit der FDP eine Koalition zu bilden.

Info-Service für Neumitglieder

Mit einem neuen Service-Dienst, der speziell für Neumitglieder aufgelegt wird, will die CDU Schleswig-Holstein eine Basis für eine engere Bindung an die Partei schaffen. Über diesen Info-Service hinaus bietet sie die Möglichkeit, an jedem ersten Samstag im Monat mit einer Mitarbeiterin, einem Mitarbeiter der Landesgeschäftsstelle oder dem Generalsekretär das direkte Gespräch zu suchen. Jochen von Allwörden: Das Team der Landesgeschäftsstelle ist keine closed-shop-Veranstaltung, sondern freut sich über den Dialog mit jedem.

Ferien mit Kindern

Die Vorsitzende des Bundesfachausschusses „Familienpolitik“, Maria Michalk, hat Eltern mit Kindern aufgerufen, dem Bundesfachausschuß ihre Erfahrungen in den Ferien mit Kindern mitzuteilen.

Nie zuvor waren Urlaubsmöglichkeiten für Familien so vielseitig wie heute — doch nie zuvor wurde auch die Frage „Kann Urlaub mit Kindern überhaupt echter Urlaub sein?“ so oft von Eltern gestellt wie heute. Der Wunsch nach organisierter außerfamiliärer Kinderbetreuung am Urlaubsort nimmt zu — und die Reiseveranstalter kommen dem zur Freude der Eltern mit entsprechenden Angeboten auch entgegen.

Eltern verschenken sich aber selbst ein Stück Glück, wenn sie nicht gerade die Ferienzeit mit Kindern als Quelle der Freude und des persönlichen Glücks wahrnehmen und aktiv gestalten. Häufig genug ist die Ferienzeit die einzige Zeit im Jahr, in der jedenfalls beide Elternteile sich intensiv und ungehindert von den Widrigkeiten des Alltags ihren Kindern widmen können. Gemeinsame Erlebnisse schaffen neues Vertrauen und gegenseitiges Verständnis. Sie sind deshalb ganz wichtig für die Bindung der Kinder zu ihren Eltern und umgekehrt.

Personalie

Zum neuen Vorsitzenden des europäischen Studentenverbandes European Democrat Students wurde Tim Arnold (RCDS) gewählt.

Damit steht wieder ein Deutscher an der Spitze dieser Vereinigung. Prominentester Amtsvorgänger von Tim Arnold ist der heutige schwedische

Gerade Familien mit Klein- oder schulpflichtigen Kindern können im Urlaub die Neigungen, die Lebens- und Lernfreude ihrer Kinder in geballter Form wahrnehmen — dazu bedarf es nicht unbedingt weiter Reisen. Neben den Entdeckungen am Ferienort genießen Kinder die ganztägige Zuneigung ihrer Eltern. Wichtig für ein Gelingen des Urlaubs und den damit erhofften Erholungswert ist vielmehr ein altersgerechtes Reisen mit Kindern. Weite Reisen mit Säuglingen und Kleinstkindern sind oft für Kinder und Eltern, häufig auch für andere Mitreisende, eine Strapaze.

Der Bundesfachausschuß „Familienpolitik“ regt erholungsuchende Eltern, aber auch Kinder, an, bewußt wahrzunehmen, was an positiven oder negativen Erfahrungen während der Urlaubszeit in den Familien gemacht wurde. Wenn Sie dann noch Lust haben, dies aufzuschreiben, dann schicken Sie doch Ihre Gedanken an den

**CDU-Bundesfachausschuß
„Familienpolitik“
Konrad-Adenauer-Haus
Friedrich-Ebert-Allee 73
53113 Bonn.**

Ihre Erfahrungen und Hinweise werden wir anlässlich des „Internationalen Jahres der Familie“ 1994 in einer Broschüre zusammenfassen. Unter den Einsendern werden 10 Sachpreise verlost.

Ministerpräsident Carl Bildt. Tim Arnold nach seiner Wahl: Angesichts der Europawahlen 1994 ist es das Ziel von European Democrat Students, Studenten in ganz Europa über den Vertrag von Maastricht zu informieren. Die junge Generation muß vom europäischen Integrationsprozeß überzeugt werden, da Europa von der Unterstützung seiner Bürger lebt.

Aktionsbeispiele aus den CDU-Verbänden

Wenn die Mutter krank ist, springen Frauen des „Notmütter e. V.“ ein

Müttern, die sich in einer Notsituation befinden, wollen jetzt sieben Offenbacher Frauen helfen.

Sie haben daher den Verein „Notmütter“ gegründet, jetzt wurde der erste Vorstand des bereits eingetragenen Vereins gewählt. Die Idee ist, Müttern, die etwa durch Krankheit kurzfristig ausfallen, die Kinder sozusagen „abzunehmen“.

Der Anstoß zu diesem Hilfsangebot kam von Emmi Schnitzer, seit zwölf Jahren Stadtverordnete der Offenbacher CDU und Mitglied im Sozial- und Wohlfahrtsausschuß des Stadtparlaments. „Durch diese Arbeit habe ich immer wieder gesehen, wie gering in Offenbach die Hilfsangebote sind, wenn eine Mutter mal krank wird“, berichtet sie.

Und dies habe sie ändern wollen. Da Emmi Schnitzer auch Vorsitzende der Frauen-Union ist, bat sie die Frauen aus diesem Vorstand um Unterstützung. Dies sei nicht immer einfach gewesen, da die Frauen, durch andere ehrenamtliche Aufgaben, ohnehin schon nicht viel Zeit zur Verfügung hätten.

Der kleine Verein, der sich bisher nur aus Mitgliedsbeiträgen finanziert, hat beantragt, als gemeinnützig anerkannt zu werden.

Vor der Gründung habe man sich vorgestellt, so erläutert Emmi Schnitzer, daß man Mütter in Notsituationen entlaste, indem andere Mütter sich bereit erklärten, Kinder tagsüber in die eigene Familie aufzunehmen, etwa bis der Vater von seiner Arbeitsstelle zurückkehre, um

dann seinen Nachwuchs weiter versorgen zu können.

Mittlerweile hätten sich nach einem ersten kleinen Aufruf jedoch schon 16 Frauen gemeldet, die bereit seien, ehrenamtlich zu helfen. „Daher können wir das Angebot jetzt ausdehnen“, sagt Emmi Schnitzer.

Denn unter den Frauen, die sich gemeldet haben, seien auch einige, die etwa auch für einen längeren Zeitraum als Tagesmutter zur Verfügung stehen könn-

Wer die Hilfe des Vereins „Notmütter“ in Anspruch nehmen möchte oder bereit ist, ehrenamtlich mitzumachen, kann sich unter der Telefonnummer (069) 859611 bei Frau Emmi Schnitzer melden.

ten, oder aber auch im Haushalt einer Familie, deren Mutter krank im Bett liegt, nicht nur die Kinder betreuen, sondern auch die kranke Mutter versorgen würden.

Und wenn das Kind einer berufstätigen Mutter krank werde, könne auch das Kind in seiner Umgebung gepflegt werden. „Wir wollen natürlich versuchen, jeweils eine Frau zu finden, die sich mit den Kindern der betroffenen Familie versteht“, verspricht Emmi Schnitzer.

Bezahlen müssen die Familien, die diesen Dienst in Anspruch nehmen wollen, dafür nicht. Die Arbeit der Notmütter sei ehrenamtlich. Lediglich Kosten, die durch die Hilfe entstehen, müssen den Frauen ersetzt werden.

Trauer um Walter Brückmann

In einem persönlichen Schreiben hat Generalsekretär Peter Hintze den nach schwerer Krankheit verstorbenen Leiter der Hauptabteilung Öffentlichkeitsarbeit im Konrad-Adenauer-Haus, Walter Brückmann, gewürdigt:

Die CDU trauert mit seiner Frau und seinen Kindern. Der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, und ich haben der Familie unser Mitgefühl zum Ausdruck gebracht.

Herr Walter Brückmann begann seine berufliche Laufbahn als Journalist der Berliner Morgenpost, deren Chefredakteur er von 1972 bis 1976 war. Seit 1976 hat er in den verschiedensten Funktionen seine ganze Kraft der Berliner CDU und der CDU Deutschlands gewidmet. Zunächst übernahm er die Verantwortung für die Öffentlichkeitsarbeit der CDU Berlin, ehe er 1980 ihr Pressesprecher wurde.

Am 1. September 1981 trat Walter Brückmann als stellvertretender Sprecher in die Dienste der CDU Deutschlands. Seit dem 1. Mai 1985 leitete er die Hauptabteilung Öffentlichkeitsarbeit des Konrad-Adenauer-Hauses.

In der leider zu kurzen Zeit der gemeinsamen Arbeit habe ich ihn als einen für die Sache engagierten, menschlich sensiblen und persönlich überzeugenden Mitarbeiter erlebt.



Für die CDU hat er an entscheidender Stelle gearbeitet und wichtige Wahlkämpfe mit Erfolg konzipiert. Allen Mitarbeitern war er ein angenehmer Kollege, seinen Mitarbeitern stets ein beliebter Chef.

Wir verlieren mit Walter Brückmann nicht nur einen wichtigen Hauptabteilungsleiter, sondern zugleich auch eine Persönlichkeit, die das erfolgreiche Bild des Konrad-Adenauer-Hauses in der Öffentlichkeit mit geprägt hat. Wir verlieren einen kompetenten Fachmann und unermüdlichen Mitstreiter für die Einheit Deutschlands.

Die CDU wird Walter Brückmann ein ehrendes Andenken bewahren.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN



Das CDU-Glücksrad ist immer ein besonderer Anziehungspunkt bei Ihrer Veranstaltung, mit dem Sie sofort die Aufmerksamkeit der Besucher auf den CDU-Stand lenken können. Die Gesamthöhe beträgt ca. 1,70 m, der Raddurchmesser ca. 1,30 m, der Preis 295,— DM zzgl. MwSt. und Versand. Bestellungen bitte schriftlich an: CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abt. Information, Herrn Geiser, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, oder per Fax: (02 28) 544-372.

UiD

24/1993

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (0228) 5307-0, Telefax (0228) 5307-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Bernd Profitlich.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510 183 (BLZ 38050000), Postgirokonto Köln Nr. 193795-504 (BLZ 37010050). **Abonnementspreis** jährlich 52,— DM. **Einzelpreis** 1,50 DM. **Herstellung:** Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.